POLITIK
Israels Vize-PM Shalom
DEUTSCHLAND IST UNSER WICHTIGSTER FREUND
SEITE 3

WIRTSCHAFT
Roland Tichy
WACHSTUM DURCH SCHULDEN?
SEITE 5

GESCHICHTE
Antijudaismus
VERHÄNGNISVOLLE ROLLE DES KONZILS VON 1215
SEITE 6

KULTUR
Michael Naumann
REALISIERBARE UTOPIE: BARENBOIM-SAID AKADEMIE
SEITE 7

JEWISH VOICE FROM GERMANY

קול יהודי מגרמניה

DEUTSCHE AUSGABE

SEPTEMBER 2015

KATHOLISCHE KIRCHE

Der Papst irrt in Wirtschaftsfragen

Von Michael Rutz

Die katholische Kirche kommt, weltumspannend, nicht um Stellungnahmen zur sozialen Wirklichkeit herum. Die Päpste tun sich damit nicht leicht, da die ordnungspolitische Lage in der Welt höchst unterschiedlich ist. Nur eine Erkenntnis ist empirisch unzweifelhaft: Kommunistische und sozialistische Experimente sowie ausufernde Staatsverschuldung haben Nationen und ihre Menschen am Ende schon immer arm gemacht. Marktwirtschaft hingegen schafft Kreativität und Reichtum, und wenn man sie kombiniert mit maßvoller Umverteilung, optimiert man in einer solchen sozialen Marktwirtschaft auch den Gerechtigkeitsgedanken.

Umso erstaunlicher ist es, wenn ein Papst all dies beiseite wischt, wie Papst Franziskus dies tut. Seine jüngste Enzyklika *Laudato si'* (Gelobt seist du) befasst sich zwar vor allem mit Fragen des Klima- und Umweltschutzes, bei dieser Gelegenheit aber sucht der Papst die Ursachen im Wirtschaftssystem. Es würden Dinge produziert, die keiner braucht, dieser „Konsumismus" schädige die Umwelt. Alles sei zurückzuführen auf ein verhängnisvolles „Bündnis von Wirtschaft und Technologie", „es klammert am Ende alles aus, was nicht zu seinen unmittelbaren Interessen gehört." Aber auch „die Finanzen" sind diesem Papst ein Schreckbild, denn „eine mit dem Finanzwesen verknüpfte Technologie ist in der Tat oft nicht fähig, das Geheimnis der vielfältigen Beziehungen zu sehen, die zwischen den Dingen bestehen." Schlimmer kann es also kaum kommen, wäre da nicht noch der „vergötterte Markt" samt dem Gewinnstreben seiner Teilnehmer, der auch keine Rücksicht auf die Umwelt und die Erderwärmung nimmt.

Beides muss weg, findet der Papst, schon der Erderwärmung wegen. Also muss man die Menschheit aufrufen, „sich der Notwendigkeit bewusst zu werden, Änderungen im Leben, in der Produktion und im Konsum vorzunehmen, um diese Erwärmung zu bekämpfen". Deshalb müsse auch Schluss sein mit dem Streben nach Wachstum, denn „es ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann".

Auch das: Ein Fehlschluss. Wahr ist doch: Wachstum generiert Wachstum. Wenn die Wirtschaft in den Industriestaaten absichtsvoll in eine Rezession geführt würde, wäre das für viele der heute noch ärmeren Länder eine Katastrophe: Ihnen fielen Lieferanten und Abnehmer weg, man hätte sie um die wichtigste Voraussetzung gebracht, ihre Armut zu überwinden und ihnen die Chance genommen, in ein Wohlstandsgefüge aufzusteigen. Und, nota bene: Es ist gut, dass wir keine Rezession haben, sonst könnten wir die vielen Flüchtlinge unserer Zeit nicht mit Anstand versorgen.

Der Papst verfolgt hier ein Gesellschaftsmodell, das mit dem der westlichen Demokratien wenig gemein hat. Das wäre nicht weiter erwähnenswert, wenn es sich nicht um den Papst der größten Kirche der Welt handelte, die sich in langen Kämpfen der Kirchengeschichte zu einem freiheitlichen Menschen- und Gesellschaftsbild durchgerungen hat und es mit freiheitlichen und demokratischen Machtsystemen zu vereinigen wusste. ■

ROSCH HA-SCHANA 5776

Der Granatapfel, hier ein Gemälde von Pavel Feinstein aus Berlin, symbolisiert Vielfalt, Vitalität, Frische. All dies und obendrein Frieden wünschen wir Ihnen im Neuen Jahr.

Dies ist unser Land

Von Rafael Seligmann

Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land." Dieser Satz von Bundeskanzlerin Merkel, gesprochen angesichts des Flüchtlingsnotstandes, markiert eine Wendemarke des deutschen Selbstverständnisses und Handelns.

Seit Menschengedenken stand Deutschland für Vorschriften, Pflicht, Disziplin. Sie hatten Vorrang vor der Not des Einzelnen. Selbst der humanistische Aufklärer aus Königsberg betonte die Notwendigkeit der Pflicht als „eine Handlung aus Achtung für das Gesetz". So diente auch Immanuel Kant als Alibi für unbedingte Pflichterfüllung und Achtung der Gesetze des Obrigkeitsstaates. Die schlimmste Instrumentalisierung, ja Pervertierung erfuhr der gnadenlose Gehorsam während der Hitler-Diktatur.

Anders als ein politisches Herrschaftssystem lässt sich die Tradition der missbrauchten Vorschriften nicht durch eine militärische Niederlage beseitigen. Denn die Instrumentalisierung der „verdammten Pflicht" hat sich tief ins Bewusstsein der Menschen und damit in ihr soziales Handeln eingeschliffen. Das Ergebnis ist der von Heinrich Mann entlarvte „Untertan". Das Wirken dieses Phänotyps terrorisierte die gesamte Gesellschaft. Viele zerbrachen an dessen Sekundärtugenden.

1980 veröffentlichte die Frankfurter Lehrerin Lea Fleischmann ihr autobiographisches Buch. *Dies ist nicht mein Land*. Darin schilderte sie die tagtägliche Unterdrückung in allen Lebensbereichen. Die Anschläge auf die Menschlichkeit geschehen nie offen. Stets werden sie ins Gewand der Pflichterfüllung gekleidet.

> **Das Leben in Deutschland ist humaner geworden**

Nun hat Angela Merkel dieses Monstrum auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen. Die gegenwärtige Not der Flüchtlinge ist überwältigend. Hunderttausende sind auf der Flucht. Zumeist sind es Menschen aus islamischen Staaten: Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea. Es ist wahr, die reichen Golfstaaten, die bei jeder Gelegenheit ihre islamische Solidarität betonen, sind nicht bereit, einen Flüchtling bei sich aufzunehmen. So wie sie es seit fast 70 Jahren mit ihren palästinensischen „Brüdern" praktizieren. Doch sich hinter der Indifferenz anderer zu verstecken, ist wohlfeil. Es hilft auch nicht weiter, sich über die fortwährende Betonung des „Christentums" durch den ungarischen Premier Orbán und entsprechende Äußerungen seiner osteuropäischen Kollegen zu erregen.

Die Pastorentochter Angela Merkel weiß ebenso wie der Sozialdemokrat Sigmar Gabriel, dass der Jude Jesus uneingeschränkte Nächstenliebe predigte. Einerlei, ob Merkel ihre Haltung aus dem Christentum herleitet und Gabriel aus sozialdemokratischer Tradition, Millionen Deutsche unterstützen, aus welchen Gründen auch immer, die Flüchtlinge. Sie helfen. Und sie beweisen damit, dass sich die Deutschen und ihre Gesellschaft gewandelt haben. Das Leben im Land der Angela Merkel und von uns allen hat sich zum Besseren bewegt, es ist humaner geworden. Darauf können wir alle bauen. Nicht nur in Notzeiten, die bekanntlich kein Gebot kennen. Sondern auch im Alltag. ■

JÜDISCHES BERLIN

Die Getreuen des Rabbi

Von Benjamin Ludwig

Über die Weisheit von Rabbinern und die Treue ihrer Gemeinden gibt es viele Erzählungen und Gleichnisse. Die meisten basieren auf lange zurückliegenden Zeiten. Geschichten und Sagen, die Martin Buber festhielt oder Isaac Bashevis Singer ersann. Sie beginnen allesamt wie das deutsche Märchen: „Es war einmal..."

Doch die Treue zum klugen Rabbi ist keineswegs nur ein Märchen aus alter Zeit. Sie ereignet sich auch gegenwärtig. Zwischen unseren Haustüren. Etwa in Berlin. Da ist der orthodoxe Gemeinderabbiner Yitzhak Ehrenberg 65 Jahre alt geworden. Er hat damit das Rentenalter erreicht. Doch für einen wahren Rabbi gibt es kein Rentenalter – so wenig wie für einen guten Arzt. Er bleibt, solange er atmet und denken kann, im Dienst seiner Gemeinde. Genauso möchte es auch Rabbiner Ehrenberg halten. Unter Verzicht seiner Bezüge wirkt er in seiner Synagoge in der Joachimsthaler Straße gleich unterhalb des Kurfürstendamms weiter. Er leitet die Gebete, er erteilt Unterricht in Bibel, Talmud und anderen Schriften. Ehrenberg steht mit Rat und Tat den unsicheren Fragenden und Orientierungslosen zur Seite. Er besucht Kranke, begleitet Sterbende und leistet Strafgefangenen Beistand.

Rabbiner Ehrenberg

Als kurz vor Rosch Ha-Schana bekannt wurde, dass die Gemeinde einen neuen Rabbiner einstellen möchte, erhob sich Protest. Während des Neujahrsgottesdienstes, kurz vor dem Blasen des Schofarhorns, ereignete sich Unerhörtes. Ein Flugblatt wurde verteilt. Die Betenden und der Synagogenvorstand fordern darin einträchtig, dass Rabbiner Ehrenberg die Führung ihrer Synagoge beibehält. Ehrenamtlich! Den Betenden liegt ihre Bitte am Herzen. Sie verkündeten sie sogar von der Bima, der Synagogenbühne, wo sonst nur aus den Heiligen Schriften gelesen und gebetet wird.

Wir wollen mit unserem Rabbi ins Neue Jahr gehen. Die Führung der Gemeinde soll sich dies zu Herzen nehmen. Zumal man das ersparte Geld für die Bedürftigen gut gebrauchen kann. ■

DEUTSCH-ISRAELISCHE BEZIEHUNGEN

Verbundenheit

Vor einem Vierteljahrhundert genossen die Deutschen den Zusammenschluss ihres Landes. Das Geschenk der Einheit wurde durch einen neuen nationalen Feiertag am 3. Oktober versüßt. In die Freude über Einheit und Freiheit mischte sich bei Manchem das bittere Gefühl, dass die Israelis die Wiedervereinigung nicht wollten, ja sie mit der Furcht verbanden, ein einheitliches, militärisch gestärktes Deutschland könnte erneut zu einer Bedrohung für das jüdische Volk werden. Entsprechend hatte sich Israels Premierminister Yitzhak Shamir bereits im November 1989, nur wenige Tage nach dem Fall der Mauer in Berlin, geäußert. Der Kassandraruf aus Jerusalem geschah ohne objektiven Grund. Die kommunistische Diktatur in der DDR, die unter anderem eine rigorose antizionistische Politik betrieben und israelfeindliche, palästinensische und deutsche Terroristen unterstützt hatte, war von freiheitsliebenden Bürgern ohne jegliche Gewalt gestürzt worden. Die Friedensaktivisten strebten nach Freiheit, Einheit und Demokratie. Sie repräsentierten das neue, gutwillige Deutschland, auf das bereits Israels erster Ministerpräsident David Ben-Gurion seine berechtigten Hoffnungen gesetzt hatte. Nun gaben Menschenwürde und Freiheit in ganz Deutschland den Ton an.

> **Solidarität mit Israel ist Teil des deutschen Selbstverständnisses**

Mit der westdeutschen Bundesrepublik hatte Israel gute Erfahrungen gesammelt. Bonn war für Jerusalem eine höchst hilfreiche Macht und ein loyaler Verbündeter. Das Luxemburger Abkommen von 1952 hatte die Grundlage für Unterstützungsleistungen in Milliardenhöhe für den jüdischen Staat und die individuelle Entschädigung für Überlebende geschaffen. Daneben lieferte die Bundesrepublik Israel insgeheim Waffen. In internationalen Gremien hatte Bonn Jerusalems Anliegen über Jahrzehnte hinweg unterstützt. Selbst im komplexen Dreieck der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten hatte man nie Zweifel an der Loyalität zu Israel gelassen. So lehnte Konrad Adenauer in der Folge des Sinai-Krieges 1956 das Ansinnen Washingtons ab, die Reparationszahlungen nach Israel auszusetzen, um Jerusalem gefügiger für den Druck der USA zu machen. Der erste Kanzler bestand darauf, dass die Leistungen der moralischen Verantwortung Deutschlands entsprängen und daher nicht für das harte politische Tagesgeschäft missbraucht werden dürften.

Der Schüleraustausch mit Israel hatte der deutschen Nachkriegsgeneration den jüdischen Staat nahegebracht und zu lebenslangen Freundschaften geführt. Davon unberührt blieben gelegentliche Meinungsverschiedenheiten im politischen Alltag, etwa 1981 bezüglich möglicher deutscher Panzerexporte nach Saudi-Arabien. Deutschland vertrat seine politischen und wirtschaftlichen Interessen in der arabischen Welt und machte zugleich deutlich, dass die Beziehungen zu Jerusalem spezieller Natur waren und Deutschland sich der Existenz Israels verpflichtet sah.

Ungeachtet des gewachsenen Verständnisses der deutschen Bevölkerung und der hilfreichen Taten ihrer Regierung, verdächtigte Israels Regierungschef Shamir nach der friedlichen Überwindung der Teilung mit einem Mal die Deutschen, sie könnten erneut zum systematischen Judenmord zurückkehren. Was war in den Israeli gefahren? Die Vergangenheit. Das aus der mörderischen Geschichte herrührende Trauma. Als der Regierungschef sein Interview gab, war er nicht der souveräne israelische Premier und der als furchtlos geltende Untergrundkämpfer und spätere Mossad-Agent, sondern wieder der jüdische Junge aus Polen, dessen Familienangehörige fast alle von deutschen Nazis umgebracht wurden.

3. Oktober 1990 vor dem Reichstag in Berlin

Ende 1989 sowie im Frühjahr und Sommer 1990 war in Europa eine Kakophonie der Angst zu vernehmen und entsprechende Handlungen zu verzeichnen. François Mitterand flog flugs nach Ost-Berlin, um eine Vereinigung Deutschlands zu verhindern. Die britische Premierministerin Maggie Thatcher machte aus ihrer feindseligen Haltung kein Hehl und Italiens Regierungschef Andreotti meinte, er liebe Deutschland so sehr, dass er mindestens zwei davon benötige. Kohl schmerzte die Aussage Shamirs am meisten, wie er dem Journalisten Georg Bauer anvertraute. Das spricht für die Sensibilität des promovierten Historikers Helmut Kohl.

Heute, ein Vierteljahrhundert später, hat Deutschland bewiesen, dass es Freiheit und Demokratie nicht nur betont, sondern lebt. Und dass Solidarität gegenüber Israel trotz alltäglicher wechselseitiger Kritik ein Teil des deutschen Selbstverständnisses ist. Dies wird auch in Israel gewürdigt, wie der israelische Vizepremier Silvan Shalom im Interview mit unserer Zeitung bestätigt. ■

Freundeskreis JEWISH VOICE FROM GERMANY

Diese Neujahrsausgabe markiert das zweijährige Erscheinen der deutschsprachigen Ausgabe der „Jewish Voice from Germany". Wir danken für Ihr aktives Interesse, für viele Briefe, Ermutigungen und Anregungen.
Die „Jewish Voice" ist unabhängig. Sie erscheint auch in einer englischsprachigen internationalen Ausgabe. Wir sind die größte internationale jüdische Zeitung. Um den Bestand der „Jewish Voice" in gewohnter Qualität sicherzustellen, bildet sich ein „Freundeskreis" für unsere Zeitung. Seine Aufgabe ist es, uns finanziell und ideell zu unterstützen. Können Sie sich vorstellen, dabei mitzuwirken und uns beizustehen? Dies wäre eine entscheidende Hilfe.
Danke für Ihr Interesse und eventuelle Unterstützung.

Ihr
Rafael Seligmann, Herausgeber

Nähere Informationen: jvg@berlin.de Fax 030-887 17 18 4

Israelisches Ministerium für innere Angelegenheiten, Roland Tichy, Rama/CC BY-SA 2.0 FR (https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode), JVG, Michael Rutz/privat, Pavel Feinstein/Fotograf G. Lepkowski, Bundesarchiv, Bild 183-1990-1003-400/Grimm, Peer/CC-BY-SA 3.0, Gary

FLÜCHTLINGE

Zuerst helfen!

Leitkultur ist Voraussetzung einer erfolgreichen Integration

Von Elisabeth Neu

Die Haltung Deutschlands in der Flüchtlingsfrage gemahnt an ein rabbinisches Gleichnis. Ein Examenskandidat zur Erlangung der Rabbinerwürde wird gefragt, wie man zu reagieren habe, wenn ein gläubiger Jude an Jom Kippur einen schweren Unfall erleidet. Dürfe man den Betroffenen trotz der am höchsten Feiertag gebotenen Ruhe und des strengen Fahrverbotes in das nächste Krankenhaus transportieren? Die Antwort mache die Konsultation der einschlägigen Auslegungen des Talmuds und jene modernerer Schriften nötig, entgegnet der Befragte. „Sie sind gescheitert", urteilt der prüfende Rabbiner, „... denn in der Zwischenzeit könnte das Opfer verbluten". Leben hat Vorrang – auch gegenüber religiösen Geboten, lautet das oberste Prinzip des Judentums.

Ein langer Weg

Die humanitäre Priorität leitet auch das Handeln der deutschen Politik und des Gros der Bevölkerung dieses Landes. Die Ansage von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Deutschen seien bekannt für ihre exakten Vorschriften und deren Befolgung, doch in der gegenwärtigen Notlage müssten sie zeigen, dass sie improvisieren könnten, daher müssten die strengen Vorschriften zumindest zeitweise flexibel ausgelegt werden, ist Programm. Die führenden Politiker Deutschlands und zahllose hilfsbereite Bürger sind nicht naiv. Sie wissen, dass die Aufnahme der Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten keineswegs alle Schwierigkeiten aus der Welt geschafft hat. Dies ist lediglich der Beginn eines langwierigen Prozesses. Die Beherbergung von einer Million Flüchtlingen in diesem Jahr und mindestens einer halben Million weiterer Asylsuchender in den kommenden Jahren, wie Vizekanzler Gabriel schätzt, kann nur dann Erfolg haben, wenn ihre Integration gelingt. Dies setzt auch auf Seiten der Hierherkommenden eine prinzipielle Bereitschaft dazu voraus.

1998 entwickelte der deutsch-syrische Politologe Bassam Tibi den Begriff der europäischen Leitkultur: „Die Werte für die erwünschte Leitkultur müssen der kulturellen Moderne entspringen, und sie heißen: Demokratie, Laizismus, Aufklärung, Menschenrechte und Zivilgesellschaft." Eine weitere unabkömmliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Die nach der Wiedervereinigung Deutschlands vor einem Vierteljahrhundert geführte Auseinandersetzung zwischen Befürwortern der europäischen Leitkultur und einer multikulturellen Gesellschaft, ist überholt. Die gegenwärtige Formel muss lauten: Die Anerkennung der Leitkultur ist die Voraussetzung für eine durch Zuwanderer bereicherte multikulturelle Gesellschaft. Das heißt konkret, die Gesetze dieses Landes müssen von jedem, der hier lebt, ebenso respektiert werden, wie die Sitten des sozialen Umgangs. Volksverhetzung unter dem Deckmantel einer Religion ist nicht tolerierbar. Weder in religiösen Zentren noch bei politischen Demonstrationen. Wir erinnern uns an die Proteste gegen den Gaza-Krieg im vergangenen Jahr. Dabei wurden in deutschen Städten Juden verunglimpft, teilweise misshandelt. Die Täter waren Zuwanderer aus arabischen Ländern oder deren Kinder. Die 100.000 Juden in Deutschland spielen bei der Integration von Zuwanderern aus islamischen Ländern nur eine minimale Rolle. Doch das Verhalten gegenüber den Juden gleicht einem Lackmustest für die gesellschaftliche Integration von Immigranten in Deutschland und Europa.

Weitere entscheidende Aspekte für das Gelingen der Integration des Gros der Zuwanderer sind:

- Ausdauer,
- europäische und internationale Solidarität,
- Sicherheit,
- gesellschaftliche Elastizität,
- rechtliche Situation.

Ein gelungenes Eingliedern braucht einen langen Atem. Sein Gelingen zieht sich zumindest über die nachfolgende Generation. Erst in zwanzig, dreißig, vierzig Jahren wird erkennbar, ob es gelang, die Immigranten für alle Beteiligten erfolgreich einzuordnen. Das erfordert viel Geduld von allen Seiten. Bei einer Zuwanderung von mehr als einer Million Menschen aus einem anderen Sprach- und Kulturkreis wird, ja muss es geradezu zu Rückschlägen kommen. Sind der Jubel und die Erleichterung über die Ankunft in Deutschland erst einmal verklungen, setzt der Alltag ein. Es gilt, Deutsch zu lernen. Das erfordert Mühe und Geduld. Die Kinder müssen sich an ein neues Schulsystem gewöhnen und nicht jeder Erwachsene wird rasch eine Anstellung in seinem Traumberuf finden. Das bedeutet Beschäftigung in unterqualifizierten Tätigkeiten, Arbeitslosigkeit, die Notwendigkeit, Prüfungen nachzuholen. Dies alles ist nicht zufriedenstellend. Ausdauer und Beistand sind gefragt.

> **Berlin wird gezwungen sein, auf eine gerechte Verteilung der Asylsuchenden zu bestehen**

Deutschland wird bei allem guten Willen dauerhaft nicht in der Lage sein, den überwiegenden Teil der nach Europa Geflohenen aufzunehmen. Es geht nicht an, dass Deutschland jährlich eine halbe Million Asylbewerber aufnimmt und Großbritannien nur ein Prozent dieser Menschen. Die Vereinigten Staaten sind in das kriegerische Geschehen im Nahen Osten verwickelt. Sie tragen durch ihre militärische Intervention eine Mitverantwortung für die Fluchtbewegungen aus Afghanistan, Irak und damit indirekt auch aus Syrien. Da geht es nicht an, dass die führende Nation der westlichen Welt mit einer Bevölkerung von 320 Millionen Einwohnern nach langem Zögern gerade einmal bereit ist, sage und schreibe 20.000 Flüchtlinge aus dieser Weltgegend aufzunehmen.

FreedomHouse/CC BY 2.0 (https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode)

Deutschland ist ein relativ wohlhabendes Land. Doch hier leben nur 82 Millionen Menschen von 500 Millionen EU-Bürgern. Es ist abzusehen, dass die finanzielle und soziale Aufnahmekapazität schwindet – zumal, wenn Deutschlands Bürger gewahr werden, dass andere reiche Länder sich kaum um die Flüchtlinge kümmern.

Asyl war auch die Rettung vieler Juden

Der frühere Innenminister Hans-Peter Friedrich warnt eindringlich vor einer Vernachlässigung der Sicherheit bei der Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Nahen Osten. Er und andere befürchten die Einreise politischer Extremisten und Terroristen. Friedrich nennt die unkontrollierte und unregistrierte Aufnahme eine „beispiellose politische Fehlleistung". Er ist überzeugt, dass „kein anderes Land sich so naiv einer solchen Gefahr aussetzen würde".

Bundeskanzlerin Merkel hat darauf verwiesen, dass Artikel 16 des Grundgesetzes keine Obergrenze beim Recht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt. Soweit die rechtliche Lage. Ihr steht eine bestürzende Wirklichkeit gegenüber. Weltweit befinden sich 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Alleine in Syrien sind es mehr als zehn Millionen. Der überwältigende Teil der Flüchtlinge aus Arabien und Afrika strebt heute nach Deutschland. Angesichts dieses Ansturms wird sich die Bundesrepublik auf Dauer gezwungen sehen, auf eine gesamteuropäische, ja international gerechte Verteilung zu bestehen. Die wieder eingeführten deutschen Grenzkontrollen zeigen, dass die Situation unbeherrschbar geworden ist.

Die vorgestellten und weitere Erwägungen müssen bedacht werden, um die zukünftige Entwicklung möglichst sicher steuern zu können. Im Moment aber gilt es, den Menschen in Not mit aller Energie zu helfen, sonst nehmen sie Schaden. Daran sollte man anlässlich von Rosch Ha-Schana denken. Die jüdische Geschichte ist in großen Teilen eine Flucht-Historie. Man konnte sie nur mit Hilfe von Asyl überleben. ■

BENJAMIN NETANYAHU

Kein Beispiel an Michael Kohlhaas nehmen

Israel sollte jetzt das Iran-Abkommen akzeptieren und sich das Wohlwollen der USA und Deutschlands erhalten

Von Rafael Seligmann

Was hat Kultur mit Politik zu schaffen? Was hat eine theologische Predigt mit einem internationalen Vertrag zu tun? Der Leiter der Berliner Staatskapelle und leidenschaftliche Friedensaktivist Daniel Barenboim wollte soeben auf Einladung der Stadt Teheran mit seinem Orchester in den Iran fahren, um mit seinen Musikern für den Frieden zu werben. Ein scheinbar günstiger Zeitpunkt, denn gerade hatte Iran mit den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats plus Deutschland ein Abkommen zur Begrenzung der atomaren Aufrüstung unterzeichnet. Es versteht sich, dass die Friedensmission von der Bundesregierung sowie von privater Seite unterstützt wurde. Die Goodwill-Tour hätte zumindest indirekt für Frieden und Verständigung geworben. Allein, die bereits zugesagte Einladung wurde von der iranischen Regierung widerrufen. Daniel Barenboim sei Bürger des zionistischen Staates – sprich Israel. Daher dürfe er Iran nicht besuchen. Nun tritt Barenboim im Gegensatz zur israelischen Regierung vehement für das Atomabkommen ein – ebenso wie aus taktischen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Erwägungen die Regierung in

www.kremlin.ru

Welche Strategie wählt er?

Teheran und Ghom. Allein, Barenboim ist Jude und das passt den judenfeindlichen Mullahs nicht. Sie wollen jedoch das nach ihrer Auffassung kontaminierte J-Wort nicht in den Mund nehmen, also schwadronieren sie von Zionisten. Das lässt sich von ihren Unterstützern im Westen gerade noch tolerieren.

Wie man in Teheran wirklich denkt, machte soeben der oberste Religionsführer und Machthaber Ajatollah Khamenei deutlich. Der zionistische Staat, also Israel, sei ein Krebsgeschwür und müsse

Heinrich von Kleist ersann die Figur des Michael Kohlhaas

Public Domain

ausgelöscht werden. Khamenei verstößt mit seiner Äußerung keineswegs gegen den Atomvertrag. Denn dabei handelt es sich allein um ein technisches Übereinkommen. Die minimale politische Aussage aller derartiger Übereinkommen, die sich auf das Existenzrecht aller betroffenen Staaten bezieht, fehlt. Khamenei und sein Regime können also seelenruhig gegen den jüdischen Staat hetzen und dessen Vernichtung anstreben; solange sie die technischen Kriterien des Abkommens erfüllen oder sich aufgrund ausreichender Vorwarnzeiten nicht erwischen lassen, ist alles paletti.

Hat also Israels Premier Benjamin Netanyahu recht, das hier ein „bad deal" mit Iran geschlossen wurde? Soll Jerusalem weiterhin das seiner Ansicht nach gefährliche Abkommen bekämpfen? Die Antwort ist zwiespältig. Die fehlende politische Aussage der Übereinkunft sowie die ersten Praxistests sind ein deutlicher Hinweis, dass zumindest die religiösen Machthaber Irans keinen Millimeter von ihrer Haltung und ihrem Kurs abweichen, Israel vernichten zu wollen, und dass die politische Führung Irans ihren Anweisungen widerspruchslos folgt. Dennoch wäre eine Fortführung des Kampfes gegen die Implementierung des Vertrages durch Jerusalem falsch. Denn Politik ist, wie Otto von Bismarck richtig feststellte, die Kunst des Möglichen. Für die Regierung Obama ist der Deal die Krönung ihrer Außenpolitik. Ein unverrückbares Prestigeobjekt. Sie hat es verstanden, den größten Teil der Demokratischen Partei von ihrer Haltung zu überzeugen,

> **Allein auf einen Erfolg der Republikaner zu setzen, war falsch**

sie zumindest in die parteipolitische Haftung zu nehmen. Dabei wurde die US-Administration von den westlichen Verbündeten, auch Deutschland, vorbehaltlos unterstützt. Jetzt zeigt sich, dass Netanyahus Taktik, einseitig auf einen Erfolg der Republikaner vor und nach den Präsidentschaftswahlen zu setzen, falsch war. Auf diese Weise stieß er fast alle Demokraten vor den Kopf. Die Gegner des Abkommens im US-Senat haben eine Zweidrittelmehrheit verfehlt. Ein weiteres Anrennen gegen die Regierung Obama wäre für Israel schädlich. Netanyahu würde agieren wie die deutsche Novellenfigur Michael Kohlhaas: Im Bewusstsein der gerechten eigenen Sache alle Brücken hinter sich verbrennen und selbst dabei unterzugehen. Das mag in einer Erzählung spannend sein. In der politischen Realität trägt Netanyahu als Regierungschef Verantwortung für das Überleben des jüdischen Staates. Mit dem Schicksal des eigenen Volkes und Landes spielt man nicht. Auch wenn man überzeugt ist, dass einem Unrecht getan wird. Jerusalem ist jetzt gut beraten, von den gegenwärtigen Rahmenbedingungen auszugehen und sich das Wohlwollen seiner wichtigsten Verbündeten, den Vereinigten Staaten und Deutschland, zu erhalten. Nur mit, nicht gegen sie, kann Israel seinen Bestand gewährleisten. ■

Hillary ist der beste Mann

Von Michael Cullen

Zu den US-Wahlen gibt es eine gute und eine schlechte Nachricht. Zuerst die schlechte: Es dauert praktisch drei Jahre, einen Präsidenten zu küren. Nun die gute Nachricht: Man braucht die drei Jahre Wahlkampf, um über die Kandidaten Gewissheit zu bekommen.

Wer weiß heute noch, wer John Edwards oder Gary Hart waren? Beide wollten für die Demokraten kandidieren, bis bekannt wurde, dass sie außereheliche Affären hatten. Joe Biden stolperte in der 1988er-Kampagne über ein Redeplagiat. In diesen Fällen lagen zumindest Tatsachen zugrunde, aber es gibt auch die Rufmordkampagne. Da spielt es keine Rolle, ob eine Aussage wahr oder falsch ist: Wenn die Wähler sie glauben, ist man weg.

Bis zum 8. November 2016 wird jeder Tag benutzt, um nach Schmutzkrümelchen zu suchen, die einen Kandidaten straucheln lassen könnten. Wer gewinnt? Kann am Ende John-Wayne-Trump, wovon er wohl träumt, die Viehdiebe aus der Stadt verjagen, wenn er Sheriff wird? (Sprich: als Präsident werde ich illegale Einwanderer nach Mexiko zurückschicken). Oder Ben Carson, ein Arzt, der nicht an die Evolution glaubt! Vielleicht kriegt er die vollbusige Saloonbesitzerin. Bisher kann kein Republikaner den vier Demokraten das Wasser reichen: Clinton, Sanders, O'Malley und vielleicht Biden. Für denkende Wähler gibt es eine Themencheckliste: Homo-Ehe, Obamacare, Waffenbesitz, Klimawandel, etc. etc. Bei allem sind die Republikaner dort, wo das westliche Europa an der Schwelle des 20., manche würden sagen: des 19. Jahrhunderts war.

Im Vergleich zu den Republikanern sind die Demokraten viel weiter. Und am weitesten von allen ist Hillary Clinton.

Wie hat Jack Nicholson 2008 seine Wahl begründet: „Hillary wäre der beste Mann für den Job." ■

Offener Brief an Deutschland

Von Dmitrij Belkin

Schana tova, Deutschland! Ave Germania! Die zum symbolischen Dasein geweihten russischen Juden grüßen Dich – te salutanti! Du klopfst Dir auf die Schulter, Deutschland. Du nimmst kurzfristig Flüchtlinge auf, die Dich jetzt schon kaum interessieren. Dich interessiert Dein eigenes Gutsein. Und seine Zurschaustellung.

Erinnerst Du Dich noch, damals vor 25 Jahren? Noch gibt es Dich zweimal. Dein DDR-Teil will raus aus der totalitären Ecke. Seine erste und letzte frei gewählte Volkskammer reagiert auf Tausende Juden aus der UdSSR, die bleiben wollen. Sie vermeldet im Februar 1990: „Den verfolgten Juden in der DDR Asyl gewähren." Verfolgten? Von wem denn? Egal, die DDR hat keine Zeit mehr. Sie verschwindet. Dann vermeldet die frisch einberufene gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz im Januar 1991: Lasst die doch zu Kontingentflüchtlingen machen! Wie die vietnamesischen Boat People. Ohne Asylverfahren.

Dann verschwindet die Sowjetunion. Auf ihren Ruinen sind Millionen unterwegs. Eine Viertelmillion Juden reist ein. Du merkst es kaum, Du bist mit Dir beschäftigt, Deutschland. Du wirst ein „einig Vaterland". Auch die 25.000 Deiner Juden sind mit sich selbst beschäftigt: Wir? Im Land der Mörder? Und dann noch diese Russen? Die Atheisten. Die jüdisch nahezu gänzlich Ungebildeten. Die sonst sehr Gebildeten, denen Deine Juden, Deutschland, als sehr ungebildet vorkamen. Deine Juden, Deutschland, die Kinder der polnischen Displaced Persons, lasen kaum Dostojewski. Sie verdienten Geld und reisten nach Tel Aviv und Miami. Und Du freutest Dich, wenn Juden kamen: Sie vertrauten Dir wieder. Du hast die Russen „ein Geschenk" genannt. Ein symbolträchtiges Geschenk. Für dieses Geschenk hast Du Synagogen gebaut, die es kaum brauchte.

Dann kamen 2002 mehr Juden zu Dir, Deutschland, als nach Israel. Und Israel empörte sich: Wie, das Land der Mörder wird uns vorgezogen?! Dann sagte Deine Regierung: Das Kontingent ist ausgeschöpft. Der Zentralrat Deiner Juden schwieg verständnisvoll: Die Russen nervten. Dann gab es seit 2005 keine neuen Russen mehr, Deutschland. Auch jetzt, während des Ukraine-Kriegs, bleiben Deine Türen für die Juden zu. Nur die Israelis widerlegen den normalen Gang der Geschichte, Deutschland! Sie kommen ohne besonderen Status in Dein Berlin. ■

Dmitrij Belkin ist Referent beim Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk in Berlin

SILVAN SHALOM

Deutschland ist unser wichtigster Freund

Israels Vize-Premier über Palästinenser, Iran, jüdische Gemeinden, Einwanderung nach Israel

Was wünschen Sie dem Staat Israel und den Juden der Diaspora für das Neue Jahr 5776?

Den jüdischen Menschen in der Diaspora und in Israel wünsche ich, dass sie sich einerseits ihre Identität und andererseits ihre Staatszugehörigkeit bewahren. Ich wünsche mir, dass sich in diesem Jahr alle jüdischen Menschen in Israel zusammenfinden und dass Israel weiterhin in Freiheit und Sicherheit wächst und gedeiht.

Ihre Botschaft an die Juden in Deutschland?

Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland blickt auf eine annähernd 2000jährige Geschichte zurück. Sie soll weiterhin den Juden in Deutschland ein Zuhause bieten und für die enge Verbindung zwischen Deutschland und Israel sorgen. Israel und Deutschland sind heute einander in enger und beherzter Freundschaft verbunden. Dies ist zweifelsohne auch das Verdienst der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Ich wünsche mir, dass sie weiterhin segensreich an dieser Aufgabe arbeitet und ihre Rolle als Garant der zentralen Interessen unserer beider Länder wahrnimmt.

Im Sommer eröffneten Sie in Tel Aviv die Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Was wünschen Sie diesen Beziehungen?

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind weltweit einzigartig. Die Vergangenheit ist uns stets gegenwärtig; dies gemahnt uns immer daran, dass diese Beziehungen keinen anderen Beziehungen zwischen zwei Ländern gleichen. Deutschland ist zum wichtigsten und engsten Freund Israels in Europa, ja weltweit geworden. Es ist im Geiste dieser Freundschaft, dass Deutschland entschieden gegen Nazis und ihre Verbündeten vorgeht, gegen Neo-Nazis und gegen den Antisemitismus, der allenthalben in Europa seine hässliche Fratze wieder hervorkehrt. Die Kooperation zwischen Deutschland und Israel in Sicherheitsfragen hat entscheidende Auswirkungen auf die militärischen, geheimdienstlichen und strategischen Möglichkeiten beider Länder.

Zudem wächst die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern stetig, die Zahlen und Fakten sind eindrucksvoll. Unter seinen europäischen Partnern ist Deutschland Israels größter Handelspartner, weltweit an dritter Stelle, gleich nach den Vereinigten Staaten und China. Im Jahr 2014 betrug das Handelsvolumen zwischen unseren beiden Ländern 6,6 Milliarden US-Dollar, das ist ein Anstieg um 7 Prozent. Israels Exporte nach Deutschland beliefen sich auf 1,7 Milliarden US-Dollar. Wir werden diese Beziehungen in den kommenden Jahren weiter ausbauen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass nur wenige so unverbrüchlich an Israels Seite stehen, wie Deutschland dies tut.

Gegenwärtig ist Deutschland bei den Israelis so beliebt wie nie zuvor. Umgekehrt aber stößt Jerusalems Politik in Deutschland auf viel Kritik. Wie erklären Sie dies?

Ich kann dem nicht zustimmen. Unser Staatspräsident Reuven Rivlin hat kürzlich Deutschland besucht und Kanzlerin Merkel war bereits fünf Mal in Israel, zuletzt im vergangenen Jahr. Unsere Beziehungen auf Regierungsebene sind sehr eng und die Interessen beider Länder häufig ähnlich, ja gar identisch. Sicherheitsfragen und wirtschaftliche Zusammenarbeit stehen im Mittelpunkt unserer alljährlichen Regierungskonsultationen. Unsere Partnerschaft wird sich auch in den kommenden Jahren verfestigen und vertiefen.

Sie sind Vizepremier des Staates Israel. Welches politische Ziel liegt Ihnen besonders am Herzen?

Das politische Ziel, das mir besonders am Herzen liegt, ist, die Sicherheit, Entwicklung und den Erfolg Israels und seiner Bürger zu gewährleisten. Ich stehe seit vielen Jahren im Dienst der Öffentlichkeit und in jedem Amt, das ich bekleidet habe, standen diese Fragen im Mittelpunkt meines Tuns.

2009 erklärte Benjamin Netanyahu in einer Rede an der Bar-Ilan-Universität Israels Bereitschaft, Seite an Seite mit einem palästinensischen Staat zu leben. Dazu ist es bislang nicht gekommen. Abu Mazen ist bereit, Israels Existenz anzuerkennen. Warum ist noch immer keine Einigung erzielt worden?

Israel ist überzeugt, dass die Verhandlungen mit den Palästinensern vorangebracht werden müssen. Aber: Es gehören immer zwei dazu! Die von den Palästinensern veranlassten unilateralen Schritte und deren mangelnde Kooperationsbereitschaft erschweren es uns, in den Verhandlungen fortzufahren. Ihr Antrag an die UN und an die FIFA, Israel auszuschließen, Israel also zum Paria zu machen, ist schwer vereinbar mit dem Wunsch, Fortschritte in den Friedensverhandlungen zu erzielen. Wir sagen: Alle Parteien müssen ohne Vorbedingungen am Verhandlungstisch Platz nehmen. Wenn die Palästinenser dies weiterhin ablehnen und stattdessen jede Gelegenheit nutzen, um Israel auf internationaler Ebene zu verunglimpfen, macht das die Verhandlungen schwierig, weil es ein klarer Verstoß gegen frühere Abmachungen ist, die besagen, dass keine Seite unilaterale Schritte unternehmen darf.

Seit seiner Staatsgründung 1948 ist Israel immer wieder von anderen Staaten angegriffen worden. Bis zum heutigen Tag gibt es keinen Frieden – abgesehen von den Verträgen mit Ägypten und Jordanien. Fast 70 Jahre Krieg – wie verkraften die Israelis das? Welche Friedensperspektiven sehen Sie?

Der Staat Israel war und ist stets um ein einvernehmliches und friedliches Miteinander mit all seinen Nachbarn bemüht. In den 67 Jahren seines Bestehens hat Israel manch ernste Bedrohung überstanden. Ich bezweifle, ob viele andere Länder in der Lage gewesen wären, diese Prüfungen zu überstehen. Wir unternehmen alles, was möglich ist, um mit all denen zu sprechen, die Interesse daran haben, zuzuhören. Doch in all diesen Gesprächen wird Israel niemals Kompromisse eingehen, was seine Sicherheit und Unabhängigkeit anbelangt. Wir setzen uns gerne mit allen an den Verhandlungstisch, die guten Willens sind und Interesse zeigen. In meiner Funktion als Außenminister habe ich mich bemüht, die Beziehungen Israels zu vielen der moderaten Länder in unserer Region voranzubringen. Und ich bin überzeugt, dass dies mit viel gutem Willen, mit Mut und Entschlossenheit auch heute möglich ist.

Shalom in seinem Jerusalemer Büro

JVG

Premier Netanyahu ist überzeugt, dass das Abkommen der Fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates plus Deutschland mit Iran ein schlechter Deal ist. Was genau kritisiert Jerusalem an dem Abkommen?

Alle Erkenntnisse deuten darauf hin, dass die Übereinkunft mit dem Iran eine Bedrohung sowohl für Israel als auch aller westlichen Staaten darstellt. Die Bedingungen des Abkommens ermöglichen es dem Iran, diese zu brechen und in kürzerer Zeit als zuvor Nuklearwaffen herzustellen. Eine abgestimmte Kontrolle der Betriebsanlagen vorab, eine deutliche Lockerung der Sanktionen sowie die Gelegenheit, in naher Zukunft Atomkraft für militärische Zwecke nutzen zu können – all das ist falsch. Der frühere iranische Präsident Rafsandschani, der als gemäßigt galt, erklärte, dass eine israelische Bombe, so sie denn existiert, der islamischen Welt nicht mehr als einen „Kratzer" zufügen würde, während hingegen eine iranische Bombe das „zionistische Gebilde" von der Erdoberfläche tilgen würde.

Ich möchte folgendes betonen: Das Abkommen zu verhindern, ist für Israel existentiell wichtig, aber es ist keineswegs nur eine israelischen Angelegenheit, sondern auch eine deutsche. Die Bedrohung durch den Iran, die Reichweite seiner Raketen werden auch Deutschlands strategischen Interessen empfindlichen Schaden zufügen. Es handelt sich also keineswegs um ein lokales Problem, sondern um ein globales. Alle, die das Leben wertschätzen, werden gemeinsam alles tun, um Iran daran zu hindern, die Bombe zu bauen.

Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier bezeichnet das Abkommen als historische Übereinkunft … Ihre Einschätzung?

Im Rahmen der strategischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel ist es in Ordnung, nicht in allen Dingen einer Meinung zu sein – in jeder Familie gibt es mitunter Streitigkeiten. Es ist kein Widerspruch, die Beziehungen zu Deutschland zu stärken und die Sicherheit Israels zu gewährleisten, die bei der Ablehnung des Abkommens ins Spiel kommt. Die deutsch-israelischen Beziehungen werden weiterhin gut und eng sein.

Der Disput bezüglich des Abkommens hat die Beziehungen zwischen Washington und Jerusalem nachhaltig beschädigt. Wie können diese für Israel so existentiellen Beziehungen wieder verbessert werden?

Die Existenz Israels ist das einzige Thema in den Vereinigten Staaten, das die Unterstützung beider Parteien und die vollkommene Zustimmung im Kongress und Senat findet. Präsident Obama und seine Regierung sind der Sicherheit Israels verpflichtet. Als derjenige, der für unseren Dialog mit den Vereinigten Staaten verantwortlich ist, kann ich Ihnen versichern, dass trotz unserer Differenzen das Abkommen mit Iran betreffend – wie gesagt, auch Freunde dürfen mal unterschiedlicher Meinung sein – die Beziehungen stärker denn je sind. Die Vereinigten Staaten sind entschlossen, den Konflikt im Nahen Osten zu lösen, und ich bin überzeugt, dass sie auch weiterhin als verlässliche Mittler in dieser Sache wirken werden, so wie sie es auch in der Vergangenheit getan haben.

Sie waren ein anerkannter israelischer Außenminister. Wären Sie bereit, wenn die Regierung Sie ruft? Sollte die Ernennung eines Außenministers nicht schnellstmöglich erfolgen?

Ich habe bereits zwei Schlüsselstellungen in Israels Außenpolitik inne: Die Verhandlungen mit den Palästinensern und den Dialog mit den Vereinigten Staaten. Zurzeit amtiert unser Ministerpräsident als Außenminister – und er macht seinen Job wirklich gut. Zudem arbeite ich momentan in „zwei Welten": Sowohl als Innenminister als auch in unseren auswärtigen Beziehungen mit den Palästinensern und Amerikanern. Ich denke, dass ich meine Aufgabe in der bestmöglichen Weise erledige.

Die Alija aus Europa steigt stark an. Eine entscheidende Ursache ist der zunehmende Antisemitismus. Wie kann Israel die Diskriminierung von Juden am wirkungsvollsten bekämpfen? Tut Europa genug gegen den Antisemitismus?

Die Zahl der bekannt werdenden antisemitischen Übergriffe steigt täglich – und viele davon ereignen sich in Europa. Die Tradition der jüdischen Einwanderung nach Israel, ein segensreicher Schritt, ist oft eine Folge von erlittenem Antisemitismus. Viele Staaten bekämpfen den Antisemitismus nicht konsequent genug – und es liegt in der Verantwortung Israels, der Heimat des jüdischen Volkes, diesen Kampf zu führen. Die israelische Regierung hat eine eigene Taskforce zur Bekämpfung von Antisemitismus gebildet und andere Länder eingeladen, hierbei mitzutun. Wir werden den Antisemitismus weiter bekämpfen – er ist ein Übel, das aus dieser Welt verschwinden muss. ■

Die Fragen stellte Rafael Seligmann

> **Alle, die das Leben wertschätzen, werden gemeinsam alles tun, um Iran daran zu hindern, die Bombe zu bauen**

© pixelbost – Foto: Michael Lucan

Silvan Shalom, geboren 1958 in Tunesien, kam im Alter von einem Jahr nach Israel. Er wuchs in Be'er Scheva auf. Nach Militärdienst Jura-Studium. Shalom bekleidete die Ämter des Ministers für Finanzen und Außenpolitik. Der machtbewusste Vizepremier und Innenminister repräsentiert die Sepharden im Likud.

STANISLAW TILLICH

Ein Ruck der Nächstenliebe

Sachsens Ministerpräsident über Solidarität mit den Flüchtlingen

Sächsische Staatskanzlei/Matthias Rietschel

Tillich mit Asylbewerbern beim Dialogforum „Miteinander in Sachsen“

Vor siebzig Jahren, am Ende des Zweiten Weltkriegs, war Deutschland militärisch besiegt und moralisch am Boden. Der Krieg, den das Land über die Welt gebracht hatte, war verloren; in deutschem Namen waren unvorstellbare Verbrechen wider die Menschlichkeit begangen worden. Heute ist Deutschland das Land, das bisher 40 Prozent der Flüchtlinge, die in die EU kommen, aufgenommen hat. Inmitten der größten humanitären Krise seit dem Zweiten Weltkrieg sieht sich Deutschland mit Kritik anderer europäischer Regierungen konfrontiert, Flüchtlinge geradezu aufzufordern, hierher zu kommen. In der Tat, zwei sehr verschiedene Deutschlands.

Doch zur gleichen Zeit musste die Welt schockiert zusehen, wie rechtsextreme Deutsche Brandbomben auf Polizisten warfen, die eine Asylbewerberunterkunft bewachten. Die Gewalt dieser radikalen Minderheit ist nicht hinnehmbar und eine Schande für unser Land. Die große Mehrheit der Deutschen – auch wir Sachsen – ist über das Verhalten dieser Minderheit zutiefst entsetzt und fühlt sich beschämt. Doch gleichzeitig können wir Deutschen stolz sein auf die vielen Tausende, die als Ehrenamtliche oder Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst Enormes leisten, um den Zehntausenden von Flüchtlingen, die jeden Monat zu uns kommen, eine sichere Zuflucht zu gewähren.

Praktische Lösungen finden

Diese Herausforderung fordert das Äußerste von allen Beteiligten – und es wäre wahrlich besser, sie würden praktische Unterstützung erfahren als für ihr Tun auch noch von rassistischen Aufwieglern mit Worten und Handgreiflichkeiten attackiert zu werden. Auch für einen Kommunalpolitiker ist es eine immense Herausforderung, wenn er oder sie erfährt, dass vor Ort innerhalb von zwei Tagen Aufnahmemöglichkeiten für 300, gar 700 Asylsuchende geschaffen werden müssen. Doch immer wieder erleben wir, dass die anfängliche Erschütterung schnell überwunden wird, die Ärmel hochgekrempelt und praktische Lösungen rasch gefunden werden. In dieser Situation müssen wir Deutschen unsere sprichwörtliche Gründlichkeit und Planungsfreude hintanstellen, um zu improvisieren und schnellstmöglich Unterkünfte für Asylsuchende bereitzustellen. Es gibt Kritik an dieser etwas improvisierten Vorgehensweise, aber im Ergebnis schaffen wir es doch immer wieder, für Unterkünfte zu sorgen.

Die Mehrheit der Deutschen steht zusammen und stellt sich dieser humanitären Herausforderung, trotz des offenen Hasses auf Immigranten seitens Rechtsextremer und obwohl die große Zahl von noch Fremden manchen beklommen macht. Ein nie dagewesener Ruck der Nächstenliebe geht durch Deutschland. Was zu tun ist, werden wir tun, und wir werden damit Erfolg haben, so lautet das Mantra der Mehrheit. Wir diskutieren sogar, ob diese Situation unserem demographisch schrumpfenden und alterndem Land eine Chance der Verjüngung und des Bevölkerungswachstums bietet, und dass eine zielführendere Herangehensweise an die Zuwanderung von Vorteil sein könnte. Das ist ein anderes Deutschland, siebzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg.

> **Ob Moslem, Jude, Christ oder Atheist – jeder muss vor extremistischen Angriffen geschützt werden**

Beschluss mit weitreichenden Folgen

Dieses Deutschland ist auch wieder die Heimat einer jüdischen Gemeinschaft von beträchtlicher Größe. Selbst 1945 entschieden sich jüdische Überlebende der Schoa, in dem Land zu bleiben, das sie noch immer als ihre Heimat ansahen – trotz all des Schreckens und des Verlusts ihrer Familien, den ihre Landsleute ihnen zugefügt hatten. Zehn Jahre nach Ende des Krieges nahmen die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel diplomatische Beziehungen auf. Dieses Jahr haben wir dieses bedeutsamen Ereignisses von vor fünfzig Jahren gedacht.

Doch der östliche Teil unseres geteilten Landes war Israel gegenüber feindselig gesonnen bis zum Ende des kommunistischen Regimes. Als es durch die demokratische Revolution von 1989 gestürzt war, handelte das erste freigewählte Parlament Ostdeutschlands rasch und bekannte sich „im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder… Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte“. Dies war der erste Beschluss eines deutschen Nachkriegsparlamentes dieser Art. Im Folgenden wurde erklärt: „Wir wissen uns verpflichtet, die jüdische Religion, Kultur und Tradition in Deutschland in besonderer Weise zu fördern und zu schützen und jüdische Friedhöfe, Synagogen und Gedenkstätten dauernd zu pflegen und zu erhalten. Eine besondere Aufgabe sehen wir darin, die Jugend unseres Landes zur Achtung vor dem jüdischen Volk zu erziehen und Wissen über jüdische Religion, Tradition und Kultur zu vermitteln. Wir treten dafür ein, verfolgten Juden Asyl zu gewähren.“

Dieser Beschluss sollte weitreichende Folgen zeitigen. Umgehend nach der Erklärung kamen Hunderte Juden aus der Sowjetunion nach Ostdeutschland. Ihnen folgten gut 200.000 weitere Juden aus den GUS-Staaten, die sich in Deutschland niederließen – dem Land, unter dem ihre Vorfahren so schrecklich gelitten hatten! Die jüdischen Gemeinden in Deutschland wuchsen um ein Vielfaches an und die geglückte Integration dieser Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft ist ihr Verdienst. Auch wurden neue Synagogen errichtet und ein Rabbinerseminar eingerichtet, das erste, seitdem die Nazis die letzte Lehranstalt 1942 geschlossen hatten. Ein ganz besonderer Moment war dann die Ordination der ersten in Deutschland ausgebildeten Rabbiner in der Dresdner Synagoge im Jahr 2006. Die Welt wurde Zeuge der Renaissance jüdischen Lebens im östlichen Teil Deutschlands.

Trotz dieser Renaissance empfanden die deutschen Juden immer wieder eine gewisse Unsicherheit. Es ist uns noch nicht gelungen, die antisemitischen und rassistischen Vorurteile einer kleinen Minderheit zu überwinden, eben diejenigen Ressentiments, die allzu leicht in Gewalt umschlagen gegen all jene, die als anders wahrgenommen werden. Als im vergangenen Jahr anti-muslimische Demonstranten auf deutsche Straßen gingen, waren die Vertreter jüdischer Gemeinden unter den ersten, die sich der Gefahr bewusst waren, mit der sich unsere deutsche Demokratie auseinandersetzen muss. Die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Dresden sagte damals, dass der Hass gegen Zuwanderer auch bald Juden gelten könne, die nur allzu schnell wieder zu Fremden erklärt werden könnten. „Wieder“, das meint so wie 1933, als die Nazis an die Macht gelangten. Und dies in eben dem Jahr, in dem wir des Endes dieser Gräueltaten vor siebzig Jahren gedenken.

Dies ist nicht hinnehmbar! Niemand in Sachsen soll heute in Angst leben. Ich und die ganze Sächsische Staatsregierung haben es ausdrücklich klar gemacht, dass alle gewalttätigen extremistischen Übergriffe strafrechtlich geahndet werden, und dass die überführten Täter die ganze Härte des Gesetzes zu spüren bekommen werden. Der Freistaat Sachsen wird keinen Millimeter weichen vor denen, die Mitbürger bedrohen und angreifen, aus welchem Grund auch immer. Ob Moslem, Jude, Christ oder Atheist – jeder muss vor extremistischen Angriffen geschützt werden.

Erziehung zur Demokratie stärken

Das ist die feste Zusage der Regierung, doch dies kann nicht allein in der Verantwortung der Regierung liegen. Juden, Christen, Moslems und Atheisten müssen Hand in Hand gegenüber denen auftreten, die Zuwanderer hassen. Und dies geschieht bereits. Zugegebenermaßen muss die weltoffene Mehrheit noch lautstarker auftreten. Von uns Demokraten müssen sich noch mehr im Internet mit den Rassisten in Chat-Räumen und Online-Kommentaren befassen, die dort ihre gefährliche Ideologie verbreiten, ungebremst von gesundem Menschenverstand und Manieren. Wir müssen auch die Erziehung zur Demokratie in unseren Schulen stärken, während wir unsere Anstrengungen verdoppeln, feste Unterkünfte für Asylsuchende zu errichten und das Personal aufzustocken, das sich um sie kümmert.

Im Dezember werde ich erneut Israel besuchen. Dort werden sich viele Gelegenheiten ergeben, sich über die neuen Entwicklungen in Sachsen und Deutschland auszutauschen. Ich weiß, dass Wohltätigkeit ein wichtiger Bestandteil der jüdischen Identität ist. Und ich weiß, dass ich unseren israelischen Freunden berichten kann, dass die karitative Arbeit für Flüchtlinge in Sachsen zunimmt, und dass wir Freiheit und Demokratie stärker denn je schützen. ■

JVG

Stanislaw Tillich (CDU) ist seit 2008 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

ZEITZEUGENSCHAFT

Staffelstab der Erinnerung weiterreichen

Eine neue Generation übernimmt die Aufgabe des Gedenkens an Nazi-Opfer

Von Angelika Raulien

Es gilt sich zu beeilen. In der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte versiegt peu à peu eine der wichtigsten Quellen: Die jener Menschen, die über die Zeit des deutschen Nationalsozialismus und dessen Verbrechen noch aus eigener, leidvoller Erfahrung der Nachwelt Zeugnis ablegen können. Selbst wer noch im Zweiten Weltkrieg geboren wurde und frühkindliche Erinnerungen besitzt, ist heute bereits um die 75 Jahre alt. Schon in den nächsten zehn Jahren wird es also nur noch sehr wenige Frauen und Männer geben, die die Ungeheuerlichkeiten von damals noch authentisch ins öffentliche Bewusstsein von Heute transportieren könnten.

Schüler auf Recherche

Das schafft für die aufklärende Jugendarbeit ein Problem: Denn in den zurückliegenden Jahrzehnten zehrte sie vom unmittelbaren Kontakt mit besagten älteren Menschen, die erzählen und mahnen konnten. Darauf setzte auch der Erich-Zeigner-Haus-Verein in Leipzig. Seit Jahren organisiert er Projekte der historischen Forschung, bei denen junge Leute und Zeitzeugen zusammengeführt werden. Das gemeinsame Thema: Zivilcourage damals und heute. Im Zentrum stehen dabei sowohl die Opfer von einst wie auch die „stillen Helden“, die etwa durch das Verstecken jüdischer Menschen ihr Leben riskierten. Wie Johanna Landgraf, langjährige Bewohnerin des Erich-Zeigner-Hauses. Eine kleine zierliche Frau, die in Deutschlands finstersten Zeiten eine beeindruckende menschliche Größe besaß: Mit ihrem Widerstandskreis versteckte sie von den Nazis verfolgte Menschen und brachte sie durch ein Netzwerk Gleichgesinnter in Sicherheit. Auf die Frage, weshalb sie ihr Leben riskierte, um das anderer zu retten, hatte die seinerzeit schon Hochbetagte ganz schlicht geantwortet: „Weil es meine Freunde waren.“ Zivilcourage – für sie die normalste Sache der Welt.

Indes: Geht der Zeigner-Haus-Verein mit Schülern auf Recherche, verfolgt er oft auch die Spuren von Menschen, die schon lange tot sind. Und bei der Erforschung des Lebens von NS-Opfern und Personen, die damals Widerstand leisteten, geschieht oft etwas Bemerkenswertes – eine starke Identifikation der Jugendlichen mit ihren „Forschungsobjekten“: „Es ist erstaunlich“, sagt Frank Kimmerle, Geschäftsführer und Projektleiter des Zeigner-Haus-Vereins, „in welchem Maße sich Jugendliche in die Biographien hineinversetzen. Nämlich so intensiv, dass sie den Menschen, dessen Leben sie erforschen, letztlich eine neue Stimme verleihen können“.

Erich-Zeigner-Haus e.V.

Projektteilnehmerinnen beim Zeitzeugengespräch

> **Es ist erstaunlich, wie sehr sich die Jugendlichen in die Biographien hineinversetzen**

Das Erich-Zeigner-Haus hat inzwischen ein Konzept daraus gemacht: Jugendliche sollen sich zu „Zeitzeugen“ qualifizieren, die auch im öffentlichen Raum an der Stelle der nun leider aussterbenden unmittelbaren Zeugen Erinnerung und Mahnung weitergeben können. Sie treten quasi in deren Fußstapfen.

„Wichtig ist für den Nachwuchs, dass am Ende ein konkretes, öffentliches Handeln entsteht“, sagt Kimmerle. Meistens werde daher dann ein Denkmal gesetzt – sei es eine Veröffentlichung, eine Gedenktafel, ein Stolperstein. An Johanna Landgraf, 2012 verstorben, erinnert beispielsweise inzwischen eine Gedenktafel am Zeigner-Haus. In einem anderen Fall wird in einem vom Verein herausgegebenen Buch (*Der Brief*) der Weg des Leipziger Kaufmanns Martin Kober durch die europäischen Konzentrationslager nachgezeichnet: Auf seiner letzen Fahrt ins Vernichtungslager Auschwitz kommt der Zug auf dem Hauptbahnhof seiner Heimatstadt zum Stehen und es gelingt ihm, einen Brief an die Verwandten auf den Bahnsteig zu werfen. „Möge ein gütiger Mensch diesen Brief weiterleiten. Ich habe keine Briefmarke“ steht auf dem Umschlag. Und tatsächlich wird das Stück Papier von einem mutigen Bürger aufgelesen und übermittelt. Auf ihrer Spurensuche für das Kober-Projekt verbünden sich letztlich Jugendliche aus Leipzig und Frankreich; stoßen in belgischen Archiven gar auf ein Foto von Kober. Zum ersten Mal bekommt er wieder „ein Gesicht“.

Sammeln für Stolpersteine

Allein in diesem Jahr haben Jugendliche mit dem Erich-Zeigner-Haus-Verein das Leben von 21 Opfern recherchiert und für sie Stolpersteine vor ihrem letzten, frei gewählten Wohnort vom Erfinder des Stolpersteinprojektes, dem Kölner Gunter Demnig, setzen lassen. Das Geld dafür wurde dabei oftmals von den jungen Leuten auch selbst gesammelt.

Allein: Ihre „Zeitzeugen“-Rolle ist damit nicht beendet. Die kleinen Denkmale bedürfen auch der Pflege. In regelmäßigen Abständen, vor allem aber jährlich am 9. November, werden daher Stolperstein-Putzaktionen organisiert. Und was Zeigner-Haus-Chef Kimmerle sichtlich freut: „Zunehmend beteiligen sich unsere jungen Projektteilnehmer auch an den Demonstrationen gegen den Leipziger Pegida-Ableger. Wenn letzterer in der City marschiert, geben sie auf dem geschichtsträchtigen Nikolaikirchhof ihr Wissen über die persönlich erforschten Schicksale von NS-Opfern in würdigender Weise als ‚Hörstolpersteine‘ weiter. Nunmehr also sind sie es, die als ‚Zeitzeugen‘ auftreten. Eine neue Generation übernimmt den Staffelstab von Erinnerung und Mahnung.“ ■

JEWISH VOICE FROM GERMANY

Herausgeber V.i.S.d.P.
Dr. Rafael Seligmann

Design
Lukas Kircher

Chefredaktion
Hartmut Bomhoff, Dr. Elisabeth Neu

Chef vom Dienst
Richard Henschel

Layout
Michal Blum

Redaktion
Sabine Dultz, Siegfried Guterman (Wirtschaft), Dr. Susanne Mauss († 2014), Dr. Tong-Jin Smith

Michael S. Cullen (Autor)

Anzeigen
jvg@berlin.de

Kontakt
SVoice from Germany GmbH
Postfach 311310
D-10643 Berlin
Telefon: 030 – 857 26 888
E-Mail: jvg@berlin.de

www.jewish-voice-from-germany.de

Wir danken unseren Werbepartnern

Auswärtiges Amt, Adidas, Allianz, Bank Schilling, BASF, BayWa, Bertelsmann, BHF Bank, Bilfinger, BMEL, BMWi, Commerzbank, Daimler, Deutsche Bahn, Deutsche Bank, Deutsche Post, Deutsche Telekom, Donner & Reuschel, EUTOP, Evonik, GASAG, Hessen, KPMG, MünchenerHyp, Merck, Otto, Freistaat Sachsen, Spudy, Toll Collect, Freistaat Thüringen, Visit Berlin, Volkswagen, WMP Eurocom

Konsequenzen der asiatischen Börsenturbulenzen

Von Jens Spudy

Jens Spudy, Spudy Invest

Die Nervosität an den Kapitalmärkten ist durch die kräftig schwankenden Aktienkurse der vergangenen Wochen zurückgekehrt. Nachdem zuletzt die Konjunkturdaten der Volksrepublik China deutlich schwächer ausgefallen waren, brach auch der Dax um bis zu 4,7 Prozent ein. Die Abwertung der Volkswährung Renminbi durch die Notenbank und der Verfall der Rohstoffpreise sprechen dafür, dass es der chinesischen Wirtschaft schlechter geht als bisher vermutet.

Der Dax kam nach seinem Allzeithoch von 12.390,75 Punkten erst bei 9.648,43 wieder zum Stillstand. Das wirft natürlich die Frage auf, ob wir vor einer neuen Weltwirtschaftskrise stehen. Diese Angst halte ich für übertrieben, denn mit seinem Bruttoinlandsprodukt von mehr als 10.000 Mrd. Dollar bleibt China auch bei deutlich geringeren Steigerungsraten ein positiver Treiber für die Weltwirtschaft.

Dennoch sorgt der Blick ins Depot bei vielen Privatanlegern derzeit meist für Missmut und drängt wieder einmal die Frage auf, wie sie sich in der aktuellen Situation am besten verhalten sollten.

Angesichts der weiterhin expansiven Geldpolitik ist eine nachhaltige Zinswende nicht absehbar. Die Inflation im Euro-Raum bleibt durch fallende Rohstoffpreise sowie kaum steigende Lohnstückkosten auf einem sehr niedrigen Niveau. Diese Tatsachen lassen auch auf längere Sicht keinen starken Anstieg der Zinsen erwarten und sorgen somit für weiter steigende Aktienmärkte.

Als Anleger sollte man die Gelegenheit der jüngsten Korrekturen nutzen, um seine derzeitige Asset-Allokation zu überprüfen: Welche Märkte sind besonders stark gefallen? Wo lohnt sich ein Neu- oder erneuter Einstieg? Welche Anlageklassen fehlen bis dato noch in meinem Depot, weil sie mir vor zwei Monaten noch zu teuer erschienen? Welche Anlagen oder Länder wie Indien oder Russland hatte ich bisher noch nicht im Fokus? Welche Anlagen sind gegenüber meiner ursprünglichen Allokation so stark gestiegen, dass sie nun ein Klumpen-Risiko für das eigene Portfolio darstellen und daher reduziert werden sollten? Und: Wie bin ich im Bereich der Dividendenaktien aufgestellt, die durch hohe Dividenden kurzfristige Kursverluste gegebenenfalls kompensieren könnten?

Das teils etwas mühsame Setzen von dynamischen Stop-Loss-Marken im Depot kann bei einem erneuten, durch kurzfristig negative Nachrichten verursachten Kursrückgang die Gewinne sichern, und so dem Anleger in nervösen Zeiten ein deutlich besseres Gefühl vermitteln. ■

Jens Spudy ist geschäftsführender Gesellschafter von Spudy Invest

Wachstum durch Schulden?

Die ewige Kontroverse zwischen Keynesianern und Sparpolitikern

TICHYS KOLUMNE

Noch nie gab es so viele Schulden. Dies minimiert den Handlungsspielraum von Zentralbanken und Regierungen bis zur Bedeutungslosigkeit. 200 Billionen US-Dollar haben Staaten und Individuen aktuell angehäuft. Das sind 258 Prozent der jährlichen weltweiten Wirtschaftsleistung. Allein in den sieben Jahren seit der Finanzkrise 2007/08 stieg die Verschuldung um 60 Billionen US-Dollar, also um über 40 Prozent.

Aber Schulden sind kein Naturgesetz – sie sind die Folge gezielten Handels. Allein die Staaten stehen mit über 75 Prozent zum weltweiten Bruttoinlandsprodukt in der Kreide. Wie konnte es dazu kommen?

Im Foyer des Bundeswirtschaftsministeriums in Berlin begrüßt eine Büste von Ludwig Erhard die Besucher. Neuerdings erhielt der legendäre Wirtschaftsminister (1949–1963) und Bundeskanzler (1963–1966) einen Nachbarn: Karl Schiller, Wirtschaftsminister der SPD von 1966 bis 1972. Es ist mehr als der Kampf von Parteien um die Deutungshoheit der Geschichte. Die damalige Kontroverse Erhard/Schiller prägt in ihren Folgen die Gegenwart von Staatsverschuldung und expansiver Geldpolitik – und ist doch weitgehend verdrängt. Vielleicht, weil sie den hochgelobten Primat der Politik in Frage stellt?

Die Erhard-Schiller-Debatte

Ludwig Erhard verlor sein Amt als Bundeskanzler in der Auseinandersetzung über die Staatsverschuldung: Er lehnte auch in der abflauenden Konjunktur Schulden als Mittel der Globalsteuerung strikt ab. Noch gegen Ende seiner Amtszeit hatte er den Entwurf eines „Stabilitätsgesetzes" formuliert. Explizites Ziel war, die öffentlichen Haushalte vor wachsender Staatsverschuldung zu schützen und den Geldwert zu sichern. Die Wirtschaftspolitiker der nächsten Generation hatten ehrgeizigere Ziele: Die Steuerung und Bändigung der Wirtschaft über den Konjunkturzyklus hinweg. Das war kein deutsches Phänomen. „We are all Keynesians now", spottete der spätere Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman über den Siegeszug des Keynesianismus damals. So wurde unter Karl Schiller 1967 ein Gesetz mit ähnlichem Namen, aber abweichender Stoßrichtung verabschiedet: das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft". Es war die Hochzeit der Vorstellung, der Staat könne nicht nur, er müsse auch ein beständiges Wirtschaftswachstum steuern – und zwar durch Staatsverschuldung, wie es der britische Ökonom John Maynard Keynes skizziert hatte.

> **Wer jetzt noch Geldpolitik fordert, muss auch über die Pest negativer Zinsen nachdenken**

Dessen Portrait hing prominent im Vorzimmer des Wirtschaftsministers Karl Schiller.

Mit Blick auf die gegenwärtige Debatte faszinierend: Erhard, dessen Politik das Wachstum der Wirtschaftswunderzeit erst ermöglicht hatte, lehnte Wirtschaftswachstum als generelles Ziel ab. Jeder einzelne habe zu entscheiden, ob er mehr arbeiten wolle oder eben weniger. Wozu also künstlich Wachstum generieren, wenn die Menschen stattdessen etwa Freizeit wollen?

Solche Vorbehalte wurden weggewischt; Wachstum erlangte Gesetzeskraft, übrigens nicht nur in Deutschland – es war eben schick, Keynesianer zu sein. Das Ergebnis ist bekannt: Ihm seien „5 Prozent Inflation lieber als 5 Prozent Arbeitslosigkeit", dröhnte etwa der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt. Mit der Wirtschaftskrise 1974/75 stieg der Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttosozialprodukt sprunghaft von vorher meist weniger als 20 Prozent auf 24,9 Prozent. Die Verschuldungsmentalität zur Lösung wirtschaftlicher Probleme hatte sich im politischen Betrieb festgesetzt, so dass die Schuldenquote bis Ende der 1980er Jahre stetig auf über 40 Prozent klettern konnte und auf das nochmals Doppelte in der Gegenwart. Die grandiose Zielverfehlung allerdings führte nicht zu einer Korrektur der Politik, sondern zu ihrer Fortsetzung mit höherem Mitteleinsatz. Diese Story lässt sich mit anderen Namen in faktisch allen westlichen Ländern ähnlich erzählen. Auch in den Konsequenzen.

Denn schon in Schillers Amtszeit wurde die Inflation zum Problem. Während die Inflationsrate 1967 und 1968 unter 2 Prozent gelegen hatte, betrug sie 1971 erstmals über 5 Prozent und legte zwei Jahre später weitere zwei Prozentpunkte zu. Diese historischen Zahlen machen schaudern angesichts der Bemühungen der Federal Reserve, der Bank of Japan, der Bank of England oder der Bank of China und der Europäischen Zentralbank, die anstelle der überdehnten Fiskalpolitik jetzt die Wachstums-Arbeit übernommen haben; alle haben für dieses Ziel die Geldpolitik instrumentalisiert, die Geldmenge ausweitet und versuchen, die Inflation anzuheizen. Ist es möglicherweise ein Wachstums- und Machbarkeitswahn – oder blinder Glaube an eine Kontrollkompetenz, die gar nicht vorhanden ist?

Die Weisheit des Marktes

Soweit die Geschichte – die leider bis heute ihre Spuren hinterlässt. Denn der globale Keynesianismus ist die Hauptursache für die skizzierte globale Verschuldenskrise: Die Wachstumsziele der Regierungen sind ehrgeizig; für Wachstum um fast jeden Preis wird steigende Staatsverschuldung in Kauf genommen, die sich selbst immer weiter aufbläst. Auch in guten Jahren werden Schulden nicht getilgt. Spätestens seit 2002 wurde klar, dass Schulden kein nachhaltiges Wachstum erzeugen. Seither wird die Geldpolitik für Wirtschaftswachstum instrumentalisiert: Nicht mehr der Geldwert steht im Zentrum der amerikanischen Fed oder der Europäischen Zentralbank, sondern die Wachstumsförderung. Ähnlich wie die Verschuldenspolitik in den 90er Jahren ist sie am Ende ihrer Wirksamkeit angelangt: Die Zinsen liegen bei null, und wer jetzt noch Geldpolitik fordert, muss notgedrungen auch über die Pest negativer Zinsen nachdenken und gleichzeitig zu ihrer Durchsetzung über die Cholera der Bargeldabschaffung.

Der Mentor der neuen Politik, Karl Schiller, war schon früher zu diesem Schluss gekommen: Er schied aufgrund des Scheiterns seines Konzeptes 1972 aus der Bundesregierung aus; enttäuscht darüber, dass im politischen Alltag zwar Schuldenerhöhungen leicht, aber auch in konjunkturell besten Zeiten Einsparungen kaum durchsetzbar sind.

Im folgenden Bundestagswahlkampf stritt er sogar mit Ludwig Erhard gemeinsam für eine Konsolidierung der Haushalte. „Man kann die Weisheit von Regierungen und Ämtern für sehr hoch halten. Aber die Weisheit von Regierungen und Ämtern ist in allen Fragen der Allokation der Ressourcen weit begrenzter als die Urteilsfähigkeit des Marktes", sagte er.

Wenn also Karl Schiller neben Ludwig Erhard steht, ist es eine Botschaft, die zu neuer Bescheidenheit aufruft: Wachstum ist nicht alles, die Klugheit staatlicher Wirtschaftspolitik eher fragwürdig und selbst in der Stunde der Erkenntnis ihre Umsetzung faktisch unmöglich. Nur die Schulden bleiben, und das Ende der aktuellen Geldpolitik ist nicht absehbar. ■

Roland Tichy ist einer der angesehensten deutschen Wirtschaftsjournalisten. Seine politisch unkorrekten Meinungen finden sich unter: „Tichys Einblick" (www.rolandtichy.de)

RolandTichy

Finanzwelt in stürmischen Zeiten – für Anleger sollte es Chancen geben

Von Marcus Vitt

Bankhaus Donner & Reuschel

Die Kapitalmärkte haben in den letzten Jahren viel erlebt: Nach dem Platzen der New Economy-Blase und den Verwerfungen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 bereiten seit 2008 die Folgen der Finanz- und Schuldenkrise und das anhaltende historische Zinstief den Anlegern Kopfzerbrechen.

Mitauslöser war eine Gier nach Profit, die es zu häufig an Sorgfalt bei der Entscheidungsfindung hat mangeln lassen. Die Politik hat reagiert und die Regulierung für Banken deutlich angezogen. Das Ziel: Anleger sollten vor den Folgen von Beratungsfehlern in Banken geschützt werden. Also verabschiedet sie seit der Finanzkrise Jahr für Jahr eine Flut von Pflichten, Gesetzen und Verordnungen. Ein Ende ist nicht in Sicht. Auch die Banken, für die seit jeher die Interessen ihrer Kunden im Mittelpunkt stehen, trifft die Regulierung mit voller Wucht. Die Frage muss erlaubt sein: Dient das tatsächlich dem Verbraucherschutz? Die Antwort lautet: Anleger werden durch diese Regulierungswut nicht geschützt. Im Gegenteil: Sie führt dazu, dass immer weniger Beratung stattfindet, viele Anleger also auf sich allein gestellt sind und die (falsche) Angst den Menschen schadet.

Auch in den Banken hinterlässt die Flut an Gesetzen und Verordnungen ihre Spuren. Bei vielen Beratern herrscht eine Kultur des Fehlervermeidens. Die Anlageberatung bei deutschen Finanzinstituten ist auf dem Rückzug. Auch bei jenen Banken, die sich auf vermögende Klientel spezialisiert haben, ist dieser Trend erkennbar. Viele Kunden haben einfach keine Lust mehr auf sinnlose Berge von Papier. Sie wechseln daher immer öfter in die Vermögensverwaltung, in der die Bank innerhalb festgelegter Grenzen frei agieren kann. Manche Privatbanken handeln sogar so konsequent, dass sie seit einiger Zeit auch für vermögende Kunden ausschließlich die Vermögensverwaltung anbieten.

Und was ist mit den Kunden, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse nicht die Möglichkeit haben, eine professionelle Vermögensverwaltung z.B. bei einer Privatbank in Anspruch zu nehmen? Das ist die eigentliche Tragik der Regulierung. Es gibt keinen Mut mehr in der Beratung. Die Protokollpflicht schreckt viele Anleger ab, sich mit Wertpapieren auseinander zu setzen. Dabei macht die anhaltende Niedrigzinspolitik der EZB gerade das notwendig. Die finanzielle Repression durch den Staat hat verheerende Folgen für die Vorsorgesysteme. Durch das künstlich niedrig gehaltene Zinsniveau senkt der Staat seine Finanzierungskosten zu Lasten der Bürger. Diese sind gezwungen, für die Altersvorsorge höhere Risiken einzugehen. Dafür ist ehrliche und qualifizierte Beratung von Nöten.

Banken lehnen eine Regulierung nicht grundsätzlich ab, im Gegenteil. Es ist sinnvoll, Regeln aufzustellen. Aber der Kunde sollte etwas davon haben. Gerade in den Anfängen gab es einige gute Ideen, von denen Kunden profitieren, dazu zählt unter anderem die Kostentransparenz.

Regulierung führt zu steigenden Kosten für die Datenaufbereitung und IT in den Finanzinstituten. Dabei sind die regulatorischen Anforderungen an ein kleines Haus genauso hoch wie an eine Großbank. Das macht keinen Sinn!

Regulierung führt nicht dazu, dass wir in Deutschland eine Kultur der Aufklärung in Finanzwissen erhalten. Im Gegenteil: Wir müssen diese Problematik dringend in den Griff bekommen. Banken müssen dagegen halten, wenn es um Entmündigung der Kunden geht. Gemeinsam können zukunftsweisende Lösungen gestaltet werden. Oftmals besteht Angst vor unbekannten, aber notwendigen Anlageformen. Diese zu nehmen ist auch Aufgabe der Politik. Dann gibt es eine Chance, stürmische Zeiten zu überstehen. ■

Marcus Vitt ist Sprecher des Vorstandes der Privatbank Donner & Reuschel

NETZWELT

Vorsicht, Cyberattacke

Die Politik muss dringend mehr in die Sicherheit investieren

Von Arne Schönbohm

Die Digitalisierung und Vernetzung von Wirtschaft und Gesellschaft scheint unaufhaltsam. Sie ermöglicht die permanente Kommunikation zwischen Mensch und Maschine und führt zu einem tiefen Wandel der industriellen Landschaft. Im Zeitalter der Industrie 4.0 und des Internets der Dinge können Autos fahrerlos fahren, Betriebsanlagen von Smartphones aus gesteuert und Felder mithilfe von GPS-Signalen automatisch gesät und geerntet werden. Szenarien, die man bis vor wenigen Jahren nur in Science-Fiction Filmen vermuten konnte, sind mittlerweile zur Realität geworden.

„Schöne Neue Welt" der Digitalisierung

Die „Schöne Neue Welt" der Digitalisierung und Vernetzung stellt eine nie dagewesene Chance für wirtschaftliche Entwicklung dar. Sie beherbergt aber auch enorme Risiken, durch die sie schnell dystopische Züge annehmen kann. Denn Sabotage, Erpressung, Spionage und andere Formen der organisierten Kriminalität finden sich auch im Cyberspace wieder. Bereits seit 2009 verdient sie mehr Geld mit Cyber-Crime als mit Drogenhandel. Im Februar 2015 konnte die internationale Kriminalbande „Carbanak" ca. 1 Mrd. US-Dollar von über 100 Banken ergattern. Die Dienste von Cyberkriminellen können hierbei von jedermann im Darknet, einer von den gewöhnlichen Suchmaschinen entkoppelten Form des Internets, erworben werden. Die Bandbreite der dort käuflich verfügbaren Dienste reicht von Menschen- über Waffenhandel bis zur Bestellung von Auftragskillern.

Besonders deutsche Unternehmen stellen aufgrund ihres technologischen Know-hows ein attraktives Ziel für Cyberkriminelle dar. Das jährliche Schadenspotential digitaler Delikte in Deutschland beläuft sich auf 51 Mrd. €. Dies entspricht in etwa 1,6 Prozent des BIP. Die Folgen von Cyberangriffen können potentiell verheerend sein. Beispielsweise wurden im letzten Jahr die Industrieanlagen eines deutschen Stahlwerks gekapert. Nicht nur Konzerne stehen im Visier der Verbrecher. 10 Prozent der kleinen und mittelständischen Unternehmen wurden schon einmal Opfer eines Hacker-Angriffs.

Die Digitalisierung stellt jedoch nicht nur die Industrie- und Wirtschaftspolitik, sondern auch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor neue Herausforderungen. Dass auch Staaten von massiven Cyberangriffen bedroht sind, ist spätestens seit den Attacken auf Estland im Jahr 2007 bekannt. Damals kam beinahe das gesamte Bankensystem des baltischen Landes über mehrere Tage zum Erliegen. Die Hackerattacke stellte eine klare Verletzung der Souveränität des Staates und einen Eingriff in die Freiheit der estnischen Bürger dar. Dementsprechend erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass auch digitale Attacken den kollektiven Bündnisfall nach Art. 5 der NATO-Charta auslösen können.

> **Der Trojanerangriff auf den Deutschen Bundestag zeigt, dass das Thema Cybersicherheit bislang nicht ernst genug genommen wurde**

Während andere Länder frühzeitig erkannt haben, dass ohne IT-Sicherheit keine erfolgreiche Digitalisierung möglich ist, wurde in Deutschland das Internet noch bis vor zwei Jahren als „Neuland" bezeichnet. Durch Programme wie die Digitale Agenda oder die Hightech-Strategie „Initiative Industrie 4.0" soll der Abstand nun reduziert werden. Doch nach wie vor scheint die Politik hierzulande, zum Teil aufgrund viel zu niedriger staatlicher Investitionen, in Sachen IT-Sicherheit noch hinterherzuhinken. Die für den Schutz der informationstechnischen Infrastrukturen in Deutschland zuständige Behörde, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), verfügte 2014 über ein Budget von 79 Mio. €. Das entspricht in etwa einem Anteil von 1,25 Prozent des Haushalts des Bundesinnenministeriums, dem das BSI untergeordnet ist.

Der monatelange Hackerangriff auf den Deutschen Bundestag im Frühsommer zeigt, dass die Politik das Thema Cybersicherheit bisher nicht ernst genug genommen hat. Das sogenannte IT-Sicherheitsgesetz, welches Mitte Juni vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden ist, bietet hierbei wenig Aussicht auf eine Verbesserung der Lage. Es sieht unter anderem eine Meldepflicht von Sicherheitsvorfällen für Betreiber kritischer Infrastrukturen vor, also solche, die für das Funktionieren des Staates eine besonders wichtige Rolle spielen. Unverständlicherweise werden staatliche Behörden und Institutionen, wie eben der Bundestag, in dem Gesetz nicht als kritische Infrastrukturen verstanden. Durch das Gesetz werden die Behörden allein mit Meldevorfällen überschwemmt, die sie bei ihrer momentanen Ausstattung nicht bewältigen können. Auch die Nicht-Aufklärungsquote bei Cyber-Delikten, die momentan bei 75 Prozent liegt, wird sich durch die Einführung solcher Placebo-Regelungen nicht verbessern, sondern verschlechtern. Es wird sich auch nichts an der Tatsache ändern, dass das Internet momentan zu einem quasi rechtsfreien Raum geworden ist. Dies zu akzeptieren stellt unsere Zukunft in Gefahr. Deshalb sollte unsere Vision die Schaffung eines Internets ohne Cyber-Crime sein.

Public Domain

Ein Regieren mit Büroklammern hat einen Preis, den die freie Wirtschaft zu bezahlen hat. Denn wo der Staat lediglich Papiertiger schafft, ist sie zum Selbstschutz gezwungen. Demgemäß haben deutsche Unternehmen in den letzten Jahren die Ausgaben zum Schutz ihrer Informationstechnik stetig erhöht. Für sie ist Cybersicherheit zu einer bedeutenden Komponente im Falle des Erwerbs eines Konkurrenten oder bei Unternehmensfusionen avanciert. Um ihre Sicherheit zu maximieren, suchen sie deshalb nach immer neuen Lösungen und Kooperationen, wie im Falle des German Cyber Security Hub Electricity (Cyberhub-E), einer Allianz von Energiekonzernen, die Strategien und Konzepte im Kampf gegen Gefahren aus dem Netz ausarbeiten. Auch haben Mitte September vier deutsche Konzerne – VW, Allianz, Bayer und BASF – angekündigt, künftig gemeinsam gegen Cyberkriminalität vorgehen zu wollen und ein Zentrum für Computer- und Internetsicherheit zu gründen.

Eine Aufgabe für die Bundeswehr

Der Besuch von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen beim Cyberabwehrzentrum der NATO in Tallinn im April 2015 könnte vielleicht einen Wendepunkt für die deutsche Cyber-Politik bedeuten. Das Thema Cybersicherheit soll ersten Berichten zufolge auch im Weißbuch 2016 zur Neuausrichtung der Bundeswehr, welches Ende dieses Jahres vorgestellt wird, stärker berücksichtigt werden. Das erscheint folgerichtig. Denn während bei einem massiven Angriff in der realen Welt Streitkräfte aktiviert werden, ist dies bei einem digitalen Angriff auf deutschem Boden dagegen nicht der Fall, da hier die Strukturen des Bundesinnenministeriums tätig werden. Es stellt sich somit die Frage, ob die Aufgabe der Gewährleistung unserer IT-Sicherheit nicht besser bei der Bundeswehr aufgehoben wäre. Gleichzeitig braucht es eine oberste Koordinierungsstelle, die nach amerikanischem und israelischem Vorbild direkt beim Bundeskanzleramt angesiedelt ist. Sie würde, analog zu den Strukturen der Geheimdienste, die Bündelung der Ressourcen verschiedener Institutionen ermöglichen und die unterschiedlichen Maßnahmen der Bundeswehr, des Bundesinnenministeriums, der Nachrichtendienste und der Länder effizienter gestalten. Ein solcher Schritt würde auch in budgetarmen Zeiten eine vorwärtsgerichtete Sicherheitspolitik ermöglichen. Von der Leyen hat offenbar schon entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Deutschland könnte sich auf diesem Weg von einem Getriebenen zu einem Antreiber innovativer Lösungen bei der Cybersicherheit wandeln. ■

Arne Schönbohm ist Präsident des 2012 gegründeten Cyber-Sicherheitsrats Deutschland e.V.

Von Heide Langguth

Rama/CC BY-SA 2.0 FR (https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode)

Der Judenhass der Kirche

Das Mea culpa des Papstes war unzureichend

Seit einigen Jahren ist in unserer Gesellschaft erneut ein Anwachsen des Antisemitismus zu beobachten, der nicht auf rechtsradikale Kreise beschränkt bleibt. Zunehmend melden sich „besorgte Bürger“ aus der Mitte der Gesellschaft zu Wort, die als Israel-Kritiker verkleidet daherkommen. Sie bezeichnen „Israel“ oder das „internationale jüdische Finanzkapital“ als Hauptschuldigen an den Konflikten im Nahen Osten und den Wirtschaftskrisen der Welt. Unschwer kann man erkennen, dass hier keine differenzierte Kritik geübt wird, sondern uralte judenfeindliche Stereotypen und Deutungssysteme („die Juden sind an allem schuld“) unfröhliche Urstände feiern. Diese Denk- und Erklärungsmuster entstammen nicht zuletzt der fast 2000jährigen antijüdischen Tradition des Christentums.

In diesem Jahr müssen wir auf 800 Jahre institutionalisierte Judenfeindschaft zurückblicken. Damals, im November 1215, verkündete Papst Innozenz III. (der „Unschuldige“) die Beschlüsse des Vierten Laterankonzils in Rom.

Einige der 71 Dekrete befassen sich explizit mit dem Verhältnis der Christen zu Juden:

- Im 67. Canon wird den Juden der „schwere und unmäßige Wucher, ...mit dem sie das Vermögen von Christen in kurzer Zeit erschöpfen“ verboten.
- Im 68. Canon wird Juden und Sarazenen (Muslimen) auferlegt, sich so zu kleiden, dass christliche und jüdische/muslimische Frauen und Männer „sich nicht irrtümlich miteinander einlassen.“ In der Karwoche und an Ostern dürfen sie sich nicht in der Öffentlichkeit zeigen.
- Im 69. Canon wird die Übertragung öffentlicher Ämter an Juden verboten, bei denen sie Machtbefugnisse über Christen hätten.

Bereits 1139 war Christen im Zweiten Laterankonzil das „Zinsnehmen“ untersagt, den Juden jedoch erlaubt worden. Das begründete das Vorurteil gegen die Juden als „raffgierige Wucherer“, das bis heute zu den virulenten antijüdischen Stereotypen zählt. Als besonders gravierend erwies sich 1215 das 69. Dekret. Neben dem Verbot der Übernahme öffentlicher Ämter legte es zusätzlich den Ausschluss aus den Handwerkszünften fest, was die Berufswahl und Tätigkeit der Juden erheblich einschränkte.

Mit den Beschlüssen des Vierten Laterankonzils wurde die antijüdische Tradition der christlichen Kirche fortgeführt und ausgeweitet, die religiöse, soziale und auch wirtschaftliche Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung intensiviert.

Um auch den einfachen Christenmenschen, die meist nicht lesen und schreiben konnten, deutlich zu machen, wie sie über ihre jüdischen Nachbarn und deren Religion zu denken hatten, wurde die Haltung der Kirche in Bildwerken aller Art (Fresken, Statuen, Bilderfriese, Glasfenster) dokumentiert. Auf vielen Darstellungen wie am Straßburger Münster triumphiert die Ecclesia über die gedemütigte Synagoge.

Die absurde These des Augustinus

Seinen Ausgang hatte der Antijudaismus der Kirche mit Augustinus (354–430) genommen, der in seinem 18. Buch des „Gottesstaates“ die Kollektivschuld der Juden am Tod Jesu behauptete. Die antijüdische Einstellung blieb später nicht nur auf die katholische Kirche beschränkt, sondern fand in Martin Luther einen üblen antisemitischen Vertreter der Reformation.

Die absurde These Augustinus’ ist zusammen mit den entsprechenden antijüdischen Beschlüssen der christlichen Kirche tief im kollektiven Gedächtnis Europas verankert und führte zu andauernder Diffamierung, sozialer Ausgrenzung bis hin zu Pogromen und dem Völkermord an den Juden.

Das öffentliche „Mea culpa“ von Papst Johannes Paul II. im Jahre 2000 mit seinem Schuldbekenntnis und der Bitte um Verzeihung ist unpräzise und dürftig: „Wir sind zutiefst betrübt über das Verhalten aller, die im Laufe der Geschichte deine Söhne und Töchter leiden ließen. Wir bitten um Verzeihung...“ Angesichts der Rolle, die gerade die christlichen Kirchen für den Antisemitismus spielten, ist dies eine völlig unzureichende Erklärung. Das Jahr 2015 bietet den christlichen Kirchen spätestens im November erneut eine Gelegenheit, sich grundsätzlich und klar gegen Antisemitismus zu positionieren. ■

FRANZ JOSEF STRAUSS

Loyal an Jerusalems Seite

Von Gerda Hasselfeldt

Israelis und Deutsche haben dieses Jahr doppelten Grund zu feiern: den 50 Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel und den 100. Geburtstag von Franz Josef Strauß, eines frühen und engen Freundes des Staates Israel.

Die Beziehung Deutschlands zu Israel und Israels zu Deutschland wird immer eine ganz besondere sein. Unsere Länder sind heute Verbündete, Partner, Freunde. Das ist, nach dem was Deutsche Juden angetan haben, in der Tat ein Wunder. Möglich war es, weil Israel bereit war, die Hand zu reichen. David Ben-Gurion hat seinem Volk bald nach dem Krieg einmal gesagt: „Ihr müsst zur Kenntnis nehmen, dass ein anderes Deutschland entsteht.“ Ja, es entstand ein anderes Deutschland. Aber die Verantwortung von uns Deutschen bleibt. Die Schoa wird diese Beziehungen immer zu unvergleichlichen machen.

Wir Deutsche haben in den Jahren gelernt, dass Erinnern immer auch heißt, Verantwortung zu übernehmen. Einer, der ganz früh Verantwortung übernahm für Israel, war Franz Josef Strauß. Heute liegt der Fokus der öffentlichen Wahrnehmung freilich vor allem auf dem Wiedergutmachungsabkommen vom September 1952. Weniger Beachtung findet die militärische Zusammenarbeit, die auf deutscher Seite verbunden ist mit der Person Franz Josef Strauß. Strauß hat als Verteidigungsminister schon deutlich vor Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel enge Beziehungen zu Israel aufgebaut. Er hat dabei auch die Aufnahme vollwertiger diplomatischer Beziehungen öffentlich gefordert, als dies in Bonn noch keineswegs allgemein gewünscht wurde.

Den Grundstein dieser Zusammenarbeit legten Shimon Peres und Franz Josef Strauß Ende 1957 in Rott am Inn bei einer denkwürdigen Begegnung. Peres, der ein halbes Jahrhundert später Israels Staatspräsident wurde, war in heikler Mission nach Bayern gekommen. Er bat den damaligen Verteidigungsminister um Waffen und Gerät, Unterstützung bei der Ausrüstung und Ausbildung. Strauß versprach, dem jungen Staat Israel beizustehen, der mehrmals seine Existenz gegen Angriffe verteidigen musste, und von dem wenigen, das die Bundeswehr in ihrer Aufbauphase selbst hatte, zu geben. Das ist umso bemerkenswerter, als sich die USA strikt geweigert hatten, Waffen zu liefern. Das änderte sich erst, als John F. Kennedy Anfang der 60er Jahre Präsident wurde.

Überzeugter Transatlantiker

Franz Josef Strauß hat Wort gehalten und damit die Basis für das historische Treffen 1960 von David Ben-Gurion mit Konrad Adenauer in New York gelegt, das wiederum zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1965 führte. Jahrzehnte später schrieb Shimon Peres anlässlich Strauß` 70. Geburtstag: „Strauß` Bereitschaft, Israel beizustehen, hat sich tief in unserem Gedächtnis eingeprägt.“

So außergewöhnlich sein Mut war, so differenziert und weitsichtig waren seine Gründe dafür, Israel in der Aufbauphase beizustehen. Obwohl Strauß Zeit seines Lebens nie Außenminister war, so hat er in allen Ämtern, als Bundesminister wie als bayerischer Ministerpräsident, die Außenpolitik Deutschlands entscheidend mitgeprägt. Seine über 600 Auslandsreisen führten ihn in 63 Staaten, auch dreimal nach Israel.

Franz Josef Strauß war dabei nicht nur ein überzeugter Europäer, sondern auch ein ebenso überzeugter Transatlantiker. Niemand hat für die Westbindung härter gekämpft als er. Strauß war der unerschütterlichen Überzeugung, dass Deutschlands Zukunft nicht in einer neutralen Mittelstellung, sondern in der Unumkehrbarkeit der Integration in das westliche Wertebündnis liegt. Die Westintegration hatte dabei für Strauß nicht in erster Linie eine militärische, sondern auch eine historische und kulturelle Dimension. Das war auch sein Antrieb dafür, die Grundlagen für eine dauerhafte und enge Kooperation der NATO-Staaten mit Israel zu schaffen. Franz Josef Strauß sah in dem neu gegründeten Staat nicht nur einen wichtigen strategischen Partner, sondern auch ein Bollwerk des Westens im Nahen Osten. Israels Existenzrecht und Sicherheit waren für ihn unverhandelbar.

Public Domain

> **Israels Existenzrecht und Sicherheit waren für Strauß unverhandelbar**

Kern seiner Friedenspolitik war eine explizit defensive, aber auf die eigene Stärke bauende Verteidigungspolitik. Sie bezog ihre Glaubwürdigkeit aus der Verpflichtung, politische Ziele niemals mit Gewalt durchsetzen zu wollen. Franz Josef Strauß hatte schon zu Beginn der 50er Jahre erkannt, dass es auf Dauer den Vereinigten Staaten nicht zugemutet werden könne, allein für Europas Sicherheit zu garantieren. In der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit einem Wehrbeitrag der Bundesrepublik sah er deshalb den Schlüssel zur Friedenssicherung in Europa. Nur ein starkes Europa konnte demnach im engen Schulterschluss mit den USA Frieden erhalten.

Heute sind diese Grundsätze aktueller denn je: Angesichts der jüngsten gewaltsamen Umbrüche im Nahen Osten und in Nordafrika tritt auch mit letzter Klarheit wieder ins Bewusstsein, dass Israelis und Europäer dieselben grundlegenden Sicherheitsinteressen teilen. Ein sicheres Israel aber wird es dabei ohne einen eigenständigen und lebensfähigen demokratischen Staat Palästina im Rahmen einer Zweistaaten-Lösung nicht geben. Deshalb muss Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern in der EU seine Bemühungen für eine Regelung des Konflikts intensivieren. 20 Jahre nach dem Osloer Abkommen ist es Zeit, den Stillstand im Friedensprozess zu überwinden.

Eine Brücke zwischen Okzident und Orient

So wenig Europa ein christlicher Club ist und sein darf, sowenig darf der Nahe Osten ein muslimischer sein und werden. In Israel entwickelt sich gerade eine neue Synthese von europäischem und orientalischem Judentum. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese der Kopf für eine neue und notwendige Brücke zwischen Okzident und Orient sein kann.

Franz Josef Strauß war Israel Zeit seines Lebens in geschichtlicher und moralischer Verantwortung verbunden. Er hat gute Beziehungen immer auch als Aufgabe für die kommenden Generationen gesehen. Erinnern hieß für ihn dabei, sich das Geschehene immer wieder aufs Neue zu verinnerlichen. Und so ist es heute an uns, das Band der Freundschaft unser beider Völker immer wieder aufs Neue zu stärken. Deshalb habe ich das 50-jährige Bestehen diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zum Anlass für einen Schüleraustausch von Jugendlichen aus Israel und Deutschland genommen. Die Gruppe aus Jerusalem war bereits im Juli in Dachau. Ich freue mich darauf, mit den deutschen Schülern gemeinsam im Oktober Israel zu besuchen und hoffe, dass sich daraus langjährige enge Freundschaften entwickeln.

Die deutsch-israelische Freundschaft ist ein Glücksfall für Israel und Deutschland. Nehmen wir diese beiden Jahrestage als Ermutigung, das Band zu erneuern und zu stärken. Aus Verantwortung für das Vergangene. Aus Verantwortung für das Kommende. ■

Henning Schacht

Gerda Hasselfeldt, MdB, ist Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag

GERMANY TRADE AND INVEST

Das Beste aus zwei Welten miteinander verbinden

Deutsche Exportinitiative berät kleine und mittlere Unternehmen über Marktchancen in Israel

Von Tilo Mandry

Die deutsche Life Science Industrie besitzt viele verschiedene Facetten: Unternehmen aus der Pharma- und Medizintechnikbranche gehören ebenso dazu wie Biotechnologie-Anbieter und Hersteller elektronischer Geräte für die medizinische Versorgung. Neben den etablierten großen Konzernen prägen zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) die Branche. Für diese KMUs ist Israel ein interessanter Markt. Das gilt nicht nur für den Absatz ihrer Produkte. Deutsche Unternehmen können auch von dem Innovationspotenzial der israelischen Gesundheitswirtschaft profitieren. Doch sie nehmen ihre Marktchancen noch nicht so umfangreich wahr wie das für beide Seiten zu wünschen wäre.

Ein kleiner Markt mit großen Chancen

Die deutsch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen im Bereich der Gesundheitswirtschaft werden in der Regel von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Eine Ausnahme war die international beachtete Übernahme des deutschen Generika-Produzenten ratiopharm durch den israelischen Konzern TEVA im Jahr 2010. TEVA ist das größte Generika-Unternehmen der Welt. Die wirtschaftlichen Perspektiven für deutsche Unternehmen der Gesundheitswirtschaft in Israel sind gut. Schon jetzt ist Israel der zweitgrößte Handelspartner Deutschlands im Nahen Osten. Und die Bevölkerung wächst schnell. Der Anteil von Senioren ist zwar noch relativ niedrig, steigt aber ebenfalls rasch. Deshalb werden immer mehr Gesundheitsprodukte benötigt. Die Importe von deutscher Medizintechnik nach Israel stiegen im Jahr 2014 um 2,7 Prozent – obwohl beispielsweise die Krankenhäuser zeitweise eine Unterfinanzierung durch die Regierung in Kauf nehmen mussten. Die Einfuhr erreichte einen Umfang von 137 Millionen US-Dollar, Deutschland ist nach den USA größter Importeur von Medizintechnik in Israel.

Germany Trade & Invest / AHK Israel

Teilnehmer des Workshops Biomanufacturing

Deutsche Unternehmer, die nach Israel kommen, stellen meistens fest, dass ihre israelischen Geschäftspartner eine andere Mentalität als sie selbst besitzen: Israelis entscheiden oft sehr schnell und spontan. In deutschen Unternehmen sind die Abstimmungsprozesse im Vergleich dazu deutlich länger und gründlicher. Und es gibt noch weitere Unterschiede: Israelische Unternehmen aus der Gesundheitswirtschaft werden häufig von sogenannten „Serial Entrepreneurs“ geführt, also von Menschen, die nacheinander verschiedene Firmen gegründet haben. In Deutschland sind die KMUs meist in Familienbesitz und werden von Generation zu Generation weitergegeben. Deshalb spielen Traditionen in mehrfacher Hinsicht eine viel größere Rolle als in Israel. Bevor in neue Produkte investiert wird, optimiert man eher vorhandene Produkte. Ein deutsches Unternehmen, das seit Jahren Endoskope baut, wird bei dem einmal gewählten technischen Ansatz bleiben und ihn laufend optimieren. Life Science-Unternehmen in Israel sind bei der Entwicklung neuer Lösungen besonders innovativ: So hat eine israelische Firma eine Kamera-Kapsel erfunden, die von den Patienten geschluckt wird. Sie liefert dann Bilder aus dem Körperinneren. Das ist ein ganz neuer Ansatz, der nicht mit der Weiterentwicklung der bislang eingesetzten Endoskopietechnik vergleichbar ist. Aber gerade wegen dieser Unterschiede können die beiden Unternehmenskulturen in Deutschland und Israel stark voneinander profitieren.

Doch wie kann man ein deutsch-israelisches Joint Venture gründen? Kann man Lizenzen für israelische Produkte erwerben? Kann man gemeinsam mit einem israelischen Partner ein Produkt weiterentwickeln oder Drittmärkte erschließen? Die „Exportinitiative Gesundheitswirtschaft“ hilft deutschen KMUs dabei, Antworten auf diese Fragen zu finden und passende israelische Partnerunternehmen anzusprechen. Die Initiative wird vom deutschen Wirtschaftsministerium finanziert und arbeitet wettbewerbsneutral. In Israel konnte sie in den vergangenen vier Jahren die Position der deutschen KMUs deutlich stärken. Um die Unternehmen miteinander ins Gespräch zu bringen, organisiert sie auf Fachmessen und -kongressen in Israel Podiumsdiskussionen und Workshops. Die meisten dieser Veranstaltungen werden gemeinsam mit der deutschen Außenhandelskammer und dem „German-Israeli Life Sciences Committee“ durchgeführt und von der deutschen Botschaft in Tel Aviv unterstützt.

So gab es zum Beispiel eine Podiumsdiskussion und einen Workshop sowie Gespräche in Be’er Scheva an der Universität des Negev zum Thema „Biomanufacturing“. Dabei ging es um die Herstellung von sehr kleinen Mengen biotechnologischer Wirkstoffe für klinische Studien. In diesem Bereich ist Deutschland sehr stark und belegt weltweit nach den USA den zweiten Platz. Es wurde gezeigt, wie sich deutsche Auftragshersteller auf die besonderen Bedürfnisse ihrer israelischen Kunden einstellen.

Zur Durchführung klinischer Studien gab es ein Forum im Rahmen der Konferenz „Life Sciences Israel“. Hier lag der Schwerpunkt auf der Frage, wie die Daten aus diesen klinischen Studien für die Zulassung von Arzneimitteln genutzt werden können. Deutschland ist ein wichtiger Standort für die Durchführung von klinischen Studien.

Bei einer Veranstaltung aus Anlass der seit 50 Jahren bestehenden diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland ging es um Partnerschaften mit Industrieunternehmen und die Förderung durch Venture Capital-Fonds. Israel besitzt wie die USA eine lebendige Venture Capital-Szene. In Deutschland hingegen spielen bei der Finanzierung von Start-Ups und jungen Unternehmen meist direkte Beteiligungen etablierter Industrieunternehmen eine viel größere Rolle. Die „Exportinitiative Gesundheitswirtschaft“ stellte verschiedene Ansätze dar und informierte die Teilnehmer darüber, wie man in Deutschland beziehungsweise in Israel entsprechende Partner findet.

Gemeinsam die Chancen nutzen

Nicht zuletzt aufgrund der Arbeit der „Exportinitiative Gesundheitswirtschaft“ haben die deutsch-israelischen Beziehungen auf diesem Gebiet in den vergangenen vier Jahren viel Auftrieb erhalten. Die KMUs aus Deutschland werden mit der israelischen Mentalität immer vertrauter. In Zukunft können sicher noch mehr gemeinsame Projekte durchgeführt werden. Denn die Rahmenbedingungen sind gut. Und damit wächst auch das Potenzial für eine intensivere Zusammenarbeit, die das Beste aus zwei Welten miteinander verbindet: Deutsche Qualitätsstandards kombiniert mit israelischem Innovationspotenzial. ■

Tilo Mandry ist Leiter der Exportinitiative Gesundheitswirtschaft, die von Germany Trade and Invest (GTAI) für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie umgesetzt wird

> Der Begriff Intellektueller hat für mich ein Hautgout

MICHAEL NAUMANN

Musik kann Hoffnung machen

Barenboim-Said Akademie soll zur Versöhnung verfeindeter Völker beitragen

Welche Hoffnungen verbinden Sie mit der Barenboim-Said Akademie?

Ich erhoffe mir die Institutionalisierung der Idee, die das West-Eastern Divan Orchestra verkörpert. Wir wollen zeigen, dass im musikalischen Zusammenspiel zweier in tiefen politischen und kulturellen Konflikten verhakten nah-östlichen Bevölkerungsgruppen eine Möglichkeit von Harmonie sichtbar wird. Musik kann Trost spenden, aber auch Hoffnung machen. Daniel Barenboim hat mit der Akademie die Idee des West-Eastern Divan Orchestra auf eine andere Ebene gehoben – auf die einer Musikhochschule. Unsere Akademie ist ein durchaus symbolisches Projekt. Es setzt auf die versöhnende Kraft von Musik.

Wir gehen nicht davon aus, dass die Akademie Frieden im Nahen Osten schafft. Dazu sind wir zu klein. Wir zeigen aber, dass er möglich ist. Dazu bedarf es kluger Politiker und tiefgreifender Einsichten anderer Schichten und Bevölkerungskreise. Wir verstehen uns als eine schöne und symbolische Geste, als eine realisierte Utopie. Die Akademie setzt ein Zeichen. Aber naiv sind wir nicht.

Der Nathan der Weise des 21. Jahrhunderts…

Das wäre ja keine Schande. Lessings Stück lebt und sollte uns eine ernste Mahnung bleiben.

Hehre Ideen und konkrete Maßnahmen … Die Akademie ist noch im Bau, doch einmal fertig gestellt, könnten Sie sich vorstellen, dass sie auch Flüchtlingen ein Zuhause bieten könnte?

Selbstverständlich. Wir sind ein öffentliches Gebäude. Bei Raumnot stehen wir zumindest kurzfristig zur Verfügung. Ich kann selbst das Leid der Flüchtlinge gut nachvollziehen – auch, weil ich es selber als Junge nach der Flucht aus der DDR erlebt habe. Weil ich weiß, was es bedeutet, auf der Flucht zu sein, über Nacht sein Zuhause zu verlieren und an anderen Orten einen Neuanfang in großer Armut zu bestehen. Meine Mutter entstammte einer zum Teil jüdischen Familie und stand in engem Briefkontakt mit ihren emigrierten Verwandten in New York und in England. Sie erfuhr im März 1953 durch einen nackten Zufall von ihrer geplanten Verhaftung durch die Stasi. Angeblich wegen Sabotage oder Spionage. So haben wir uns über Nacht aufgemacht, Köthen verlassen, um schließlich in Westdeutschland ein Zuhause zu finden.

> Das Mullah-Regime wird sich nicht ewig halten können

Schlugen Sie sofort ein, als Ihnen Daniel Barenboim die Leitung der Akademie anbot?

Um es gleich zu sagen: Große philosophische Betrachtungen dazu gab es nicht. Meine Tätigkeit hier schließt an mein Leben als Manager an, der ich als Verleger und Chefredakteur ja auch war. Doch mein Hauptmotiv war, dass ich im Alter von 70 Jahren noch einmal etwas ganz Neues machen wollte. So bin ich eingetaucht in den Bologna-Prozess, in die überbürokratisierte Ausbildung junger Menschen in Europa. In meinen Augen gehen durch die vollkommene Durchregulierung des Studiums viele akademische Freiheiten verloren, zumal in den Humanities. Ich selbst habe nach acht Semestern promoviert – heute undenkbar aufgrund der universitären Bürokratisierung des Curriculums. All diese Vorschriften und Bestimmungen können zur Verödung der geistigen Ausbildung führen. Dem wollen wir an unserer Akademie entgegenwirken.

Barenboim kannte mich aus meiner Arbeit als Staatsminister für Kultur. Er hatte von der Stadt Berlin bereits die Zusage, das alte Magazin der Staatsoper für seine Akademie nutzen zu dürfen. Nun musste das in die Tat umgesetzt werden: Dank meiner kurzen politischen Laufbahn hatte ich Verbindungen in alle Parteien. Alle Kulturpolitiker des Bundestags zogen bei dem Akademie-Projekt an einem Strang und stellten parteipolitische Differenzen hintan. So gelang es mir auch, die Lösung der Finanzierungfragen in die Wege zu leiten. Daneben macht mir auch der Bau selbst große Freude: Wir haben eine Skizze von Frank Gehry als Basis. In einem Mailänder Hotelzimmer entwarf er eine Art „Urknolle“ – und daraus entsteht jetzt unser wunderbarer elliptischer Konzertsaal. Und wir haben das große Glück, ein hervorragendes Baumanagement-Team gefunden zu haben: Zurzeit arbeiten über 50 Gewerke an der Baustelle – das will koordiniert sein. Anders als der geplante Flughafen in Berlin-Schönefeld liegen wir im Terminplan – und im Baukostenrahmen, ceteris paribus.

Daniel Barenboim wollte mit der Berliner Staatskapelle in Teheran auftreten. Das wurde ihm von iranischer Seite verboten…

Dieses Konzertprojekt wurde seit einem Jahr von einem ehemaligen deutschen Botschafter und einem führenden iranischen Außenpolitiker unter Zustimmung des Kulturbeauftragten des Bürgermeisters von Teheran vorangetrieben. Der Termin stand fest, alles war vorbereitet, die Finanzierung gesichert, das Flugzeug gechartert … Dann kam der Hinweis, das Konzert müsse verschoben werden, man habe es in Teheran nicht geschafft, einen passenden Saal zur Verfügung zu stellen… Es folgte plötzlich die Bemerkung eines Ministeriumssprechers, dass Barenboim Israeli sei – an sich keine neue Erkenntnis. Ich habe einem Kulturreferenten der Stadt Teheran, der mir stolz berichtete, dass das Concertgebouw-Orchester dort zu Gast sein werde, gefragt ob er nun etwa die Pässe der Musiker überprüfen wolle … ihm fiel die Kinnlade herab…

Ist es nicht ein bedenkliches Zeichen für das Gelingen des Nuklearwaffen-Verhinderungs-Abkommen der Fünf Vetomächte plus Deutschland mit Teheran, dass ein Musiker, der für Überwindung von Gegensätzen eintritt und in Israel dafür viel Kritik einsteckt, nicht in Iran auftreten darf …

In meinen Augen sind diese kulturellen Rückzugsgefechte der Mullahs in sich selbst ein Zeichen dafür, dass ein fundamentalistisches Regime sich in Iran nicht ewig halten kann. Erst zusagen und dann absagen zeigt ja, dass es zwei Schichten von Entscheidungsträgern in Iran gibt. Die Hauptstadt ist pragmatischer als Ghom. Und in ihr hört man: As Teheran goes, so goes the rest of the country…

Der Atom-Vertrag mit Teheran ist ein technischer Vertrag – es fehlt die entscheidende Aussage über das Existenzrecht aller *Staaten, also auch Israels … Stimmt Sie das nachdenklich?*

Nachdenklich ja. Doch ich bin für dieses Abkommen. Bleibt der Iran eine Bedrohung für Israel? Selbstverständlich – unter anderem durch die Finanzierung der Hisbollah. Die Iraner werden von ihrer ideologischen Israel-Phobie so schnell nicht ablassen… Nur: Hätte der amerikanische Kongress die Vertragsannahme verhindert, wären zwei Dinge geschehen: Erstens, Iran hätte sich in seiner offensichtlichen Produktionsmanie für Atomwaffen bestätigt gefühlt. Zweitens: Das internationale Boykottregime wäre nie wieder zustande kommen. Ausländische Besucher und Investoren geben sich in Teheran schon jetzt die Klinke in die Hand. Aber selbst wenn Teheran Nuklearwaffen hätte – das Phänomen der nuklearen Abschreckung beruht weiterhin auf einer simplen Wahrheit: Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter. Israel ist eine Atommacht. Und Teheran ist mit seinen fast 12 Millionen Menschen so verwundbar, dass nur völlig lebensmüde Verrückte einen existenzbedrohenden Angriff auf Israel riskieren würden. Der Deal gefährdet Israels sichere Existenz nicht. Manche sagen: Im Gegenteil.

Vergleichsweise ist die Barenboim-Said Akademie ein Elfenbeinturm – sie lehrt Musik, Philosophie, Kulturgeschichte…

Nichts gegen Elfenbeintürme. Aus diesen Türmen der deutschen Universitäten sind im 19. Jahrhundert die großen naturwissenschaftlichen Durchbrüche gekommen… Barenboims Hoffnung ist es, junge Musiker zu erziehen, die beim Musizieren mitdenken. Die etwas verstehen von den historischen Konnotationen des jeweiligen Stückes. Die, wenn sie *Le Sacre du Printemps* spielen, informiert sind über die schockartige Novität dieses Stückes im Jahre 1913. Die zum Beispiel wissen, dass in der dort vorgeführten mythischen Opferkultur etwas präludiert wird, was dann im Jahre 1914 politisch schreckliche Wirklichkeit wurde. Dieses zu kennen, wenn man Kunst macht, wäre doch ein enormer Fortschritt gegenüber der rein technischen Ausbildung von Musikern… Jeder weiß, dass Jugendorchester, wenn sie technisch perfekt sind, unübertroffen gut sind, besser als die Profis. Doch dieser jugendliche Enthusiasmus wetzt sich mit der Zeit ab. Wenn ich aber die kulturellen Konnotationen des Zeithistorischen einer Komposition kenne, wenn ich Philosophiegeschichte, Kulturgeschichte kenne, dann bin ich vielleicht gefeit gegen eine reine kalte Routine. Das ist die Hoffnung unseres Curriculums.

Die ersten dreizehn Stipendiaten sind in Berlin angekommen. Wer hat sich um Aufnahme in die Akademie beworben?

Wir hatten weit über hundert Bewerbungen. Viele davon aus Israel, doch noch mehr arabische Studenten haben sich gemeldet, aus Palästina, aus dem Irak, aus Ägypten, aus dem Libanon. Ich bin immer wieder erstaunt und beglückt zu erfahren, wie gut sich das arabische Bürgertum mit klassischer europäischer Musik auskennt – im Gegensatz zu uns hier, wo die wenigsten etwas von arabischer Musik verstehen … Seit Verdi – Beispiel: Uraufführung der *Aida* in Kairo – ist die europäische Oper den Menschen rings ums Mittelmeer vertraut. Auch aus diesem kulturgeschichtlichen Reservoir schöpfen wir. Wir gehen davon aus, dass unsere jungen Musiker nach der Ausbildung zurück in ihre Heimat kehren – sofern das möglich ist. Wir veranstalten keine Schaufensteraktion, sondern wir haben auch praktische Ziele: Unsere Studierenden können als Musiklehrer in ihren heimatlichen Schulen arbeiten oder an Konservatorien, als Profimusiker… als beispielsetzende Künstler, die eine Idee des gemeinsamen Spiels, des kritischen Denkens und der Harmonie weitertragen.

Politik und Kunst: Karl Kraus bemerkte, „Zu Hitler fällt mir nichts ein“ … Woher ruht die politische Ohnmacht der Intellektuellen?

Karl Kraus fiel dann aber sehr viel ein, zum Beispiel hat er 1933 vorher gesagt, dass die Nazis mit Gas gegen die Juden vorhergehen werden. Was die Intellektuellen betrifft: Für mich verkörpert das 19. und 20. Jahrhundert die moralische, geistige und politische Niederlage dieses Typus. Er war nicht immer „politisch ohnmächtig“, im Gegenteil. Ich habe mich jedenfalls nie als Intellektueller gefühlt. Für mich sind Intellektuelle gerade des 20. Jahrhunderts Gestalten, die geschichtsspekulative, gesellschaftliche Erlösungstheorien vortrugen – ob Marxismus oder Faschismus – und die glaubten, durchgreifende Lösungsvorschläge für politische, ökonomische und religiöse Probleme anbieten und durchsetzen zu können. Diese Tradition hat es in England nie gegeben. Es gab dort natürlich auch klassische Intellektuelle, aber sie galten meist als Exzentriker. Auf dem europäischen Festland aber sind sie in einigen Ländern an die Macht gekommen. Denken Sie an Goebbels in Deutschland, Gentile in Italien, Lenin und Trotzki in Russland – lauter Intellektuelle, die offenbar Blut getrunken haben…

… und Marx gelesen hatten, dass Philosophen die Welt nur verschieden interpretiert hatten, es aber darauf ankäme, sie zu verändern…

… insofern hat für mich der Begriff Intellektueller ein Hautgout. Derzeit erleben wir eher eine geistige Beruhigung. Man denkt pragmatischer und das finde ich gar nicht so schlimm… ■

Michael Naumann war erster deutscher Staatsminister für Kultur (1998–2001). Seit 2012 ist er Direktor der Barenboim-Said Akademie

JVG (3)

Michael Naumann im Gespräch mit Elisabeth Neu und Rafael Seligmann

PAVEL FEINSTEIN

Teuflisch gute Bilder

Ein neues Buch zeigt Meisterwerke des Berliner Malers

Von Elisabeth Neu

Pavel Feinstein/Fotografi G. Lepkowski (5)

Der Maler gibt den Teufel. Auf dem Cover seines soeben erschienenen Buches *Pavel Feinstein* (Hirmer Verlag) bannt ein finsterer Blick den Betrachter, kräftige Brauen furchen sich über großen, durchdringendfragenden Augen. Doch erklimmt man die mehr als hundert Stufen in den obersten Stock eines Gartenhauses im alten Berliner Westen, empfängt einen an der Tür zum Atelier ein – Schelm.

Feinstein wird 1960 in Moskau geboren. Bald darauf siedelt die Familie in die Sowjetrepublik Tadschikistan über. Pavels Talent wird früh gefördert – der Knabe erhält privaten Malunterricht; besucht die Kunstfachschule. Feinstein ist 20 Jahre alt, als er weiterzieht. Emigration. Ziel: Berlin.

Feinstein studiert an der Hochschule der Künste. Doch mit den „Neuen Wilden", die zu dieser Zeit hier ihre künstlerischen Ambitionen austoben, denen – so Bemerkungen zum damaligen „Zeitgeist" – „mehr nach Kindergarten denn nach ästhetischem Laboratorium" ist, hat Pavel, bald Meisterschüler der Hochschule der Künste, wenig gemein. Er ist ein ernster Mensch, und zugleich ein Schelm, der die Doppelbödigkeit, die verfremdete Referenz schätzt. Sein Malstil: im besten Sinne altmeisterlich. Sein souveränes handwerkliches Können ist ganz nahe am Menschen, an der Kreatur.

In dem Atelier, wo einst George Grosz seine Werke schuf, ehe er von den Nationalsozialisten verunglimpft und vertrieben wurde, kreiert Feinstein nun sein umfangreiches, vielschichtiges Werk. Da sind die Bilder, die von der Vergänglichkeit von Kreatur und Ding erzählen – wie der Fisch, gehüllt in ein Tuch, auf dem Tisch daneben ist ein Hammer in einer feinen Porzellanschale platziert. Viele Stillleben. Die Holländischen Meister des 17. Jahrhunderts wären verblüfft über die Weiterentwicklung ihres Genres. Vermeintlich konservativ im Sujet – doch durch Feinstein erfährt auch ein bescheidenes Bündel Suppengrün eine geradezu magische Aufwertung. Immer wieder kehren Darstellungen von Granatäpfeln, ihren Kernen – Symbol der Schönheit, der Fruchtbarkeit und der Vielfalt. Datteln in einer Schale – ein Meisterwerk des Chiaroscuro, der Malerei des Hell-Dunkel. Die Schuppen eines Fisches schimmern von der Leinwand zum Greifen nahe. Neben Messer und Zitrone ein Ei, versehen mit seinem Kennzeichnungsstempel. Es sind auch diese ironischen Zitate und Brechungen, die Feinsteins Stillleben einzigartig machen.

> **„Tragik und Absurdes liegen bei Feinstein nahe beieinander**

Und dann die Wüstenbilder. Biblische Landschaften, alttestamentarische Szenerien, ist man versucht zu deuten. Menschliche Figuren, allein oder Gruppen, oft begleitet von Ziegen, deren stechende Augen das Dunkel durchdringen, lagern in blaugrauer abendlicher und nächtlicher Landschaft. Doch die Menschen harren keineswegs Gottergeben auf eine Eingebung von oben – sie lärmen offensichtlich, schwingen Stöcke und Keulen, beten den Mond an oder einander. Diese Anarchie scheint Ilja Repin, dem großen russischen Realisten, Referenz zu erweisen. Feinsteins Figuren stehen den Saporoscher Kosaken in ihrer saftigen Ungebärdigkeit und anarchischen Vitalität in nichts nach.

Affen toben durch Feinsteins Bilder. Diese Tiere, denen die Menschen Eitelkeit, Geilheit und Bosheit anhängen – sie also zum Spiegelbild des Menschen selbst machen. Feinsteins Affen malen, äffen nach, versuchen einen Affentotenschädel auf das Papier zu bannen, sind einander zugetan. Tragik und Absurdes liegen nahe beieinander. Wie im Menschenleben.

Menschen in Feinsteins Werk – das sind Portraits, die in meisterlicher Weise Schönheit, Angst, Furchen des Alltags, Melancholie zeigen. Kinderaugen, die erwartungsvoll und skeptisch zugleich in die Zukunft schauen. Selbstportraits, beim Malen – oder teuflisch blickend. Akte, die die Würde des menschlichen Körpers zeigen.

Das Religiöse, auch das Jüdische, schwingt immer wieder in Feinsteins Oeuvre mit. Opferszenen, Rituale und Riten – doch immer ein wenig verrückt, voller Doppelbödigkeit in ihrer Interpretation. So die beiden jungen Chassiden, die einander die Arme um die Schultern legen, in ihren Händen halten sie Lulav und Etrog, Attribute des Laubhüttenfestes. Das alles ist traditionell – doch die beiden jungen Männer sind nahezu unbekleidet. Das Subversive, das Anziehen der Schraube des Traditionellen, seine Neuinterpretation, der Tabubruch verleiht Feinsteins Bildern ihre eindringliche Zeitlosigkeit. ■

Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

Als vor 50 Jahren die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel aufgenommen wurden, schien eine Zusammenarbeit nach dem Zivilisationsbruch der Shoah kaum denkbar. Doch aus den zunächst zögerlichen Annährungen unserer beiden Länder erwuchs eine enge, vorwärtsgewandte Partnerschaft und Freundschaft – auch in der Land- und Ernährungswirtschaft.

Israel und Deutschland gehören heute zu den innovativsten und produktivsten Ländern im Agrarbereich. Enge wirtschaftliche Beziehungen, persönliche Freundschaften und intensiver Austausch insbesondere in der Forschung bilden den Grundstock für unsere Zusammenarbeit in der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Doch wir wollen in unserer Partnerschaft weiter wachsen! Die Entwicklung gemeinsamer Standards und gemeinsame Forschungsprojekte sind dabei erst der Anfang. Eine für diesen Herbst geplante Reise nach Israel wird unserer Partnerschaft weitere Impulse geben.

Das gemeinsame Ziel unserer beiden Länder ist eine weltweit produktive und nachhaltige Landwirtschaft, die die Grundlagen nicht nur für heute, sondern auch für kommende Generationen sichert. Wir fühlen uns dabei der Ernährung der stetig wachsenden Weltbevölkerung verpflichtet. Denn eine weltweit starke Landwirtschaft ist ein Schlüssel gegen Hunger und Instabilität. Daraus erwächst unsere gemeinsame Verantwortung – auch mit Blick auf unsere gemeinsame Geschichte.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

www.bmel.de